

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922... 200.- M., für das übrige Ausland 120.- M.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 1. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Londoner Vorkonferenz: 9. Dezember.

Paris, 30. November. (WIZ.) Wie Havas mitteilt, hat Bonar Law in Beantwortung der letzten Mitteilung Poincarés wissen lassen, daß er geneigt ist, mit dem französischen, dem italienischen und dem belgischen Premierminister am 9. und 10. Dezember zu einem Meinungsaustausch über die Reparationsfrage zusammenzutreten.

Mussolini verläßt Rom bereits am Sonntag. Auch Theunis und Caspar begeben sich nach London.

Hinter den Pariser Kulissen.

Gegenüber Milleraud—Poincaré?

Der meist gut unterrichteten „Expres“-Korrespondenz wird folgender Bericht aus Paris gemeldet, für deren Richtigkeit wir allerdings für die Verantwortung überlassen möchten:

In den hiesigen offiziellen Kreisen zeigt man sich über die Resultate der Londoner Vorkonferenz außerordentlich pessimistisch. Man glaubt überhaupt in den französischen politischen Kreisen nicht mehr recht an die Erfolge der Aera der Konferenzen. Allerdings fürchtet man sich in parlamentarischen Kreisen vor dem Sprung ins Ungewisse. Diese Unsicherheit wird erhöht dadurch, daß gleichzeitig die schon seit langem latente Krise zwischen dem Cliché und der Mil. erpräsidenten jäh in der letzten Zeit sich verschärft hat.

Tschitscherin in Berlin.

Der russische Außenminister Tschitscherin empfing am gestrigen Donnerstagabend in der russischen Botschaft zahlreiche Pressevertreter und gab in einer kurzen Ansprache auf englisch, besonders über die Meerengenfrage und ihre Bedeutung für das Schwarze Meer, die Ansichten seiner Regierung wieder: Rußland trete ein für volle Souveränität des türkischen Volkes über das türkische Land und die türkischen Gewässer und Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe, mit Ausnahme der türkischen, was für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Schwarzen Meer unbedingt notwendig sei.

Der Versuch der Einmischung in die türkischen Angelegenheiten würde von der türkischen nationalen Bewegung weggeschwemmt werden. Tschitscherin fuhr fort, er wolle nicht zu versichern, daß Lausanne eine endgültige Lösung bringen würde. Wie aber auch dort die Entscheidung falle, die nationale türkische Bewegung könne nicht aufgehalten werden. Das russische Programm sei genau dasselbe, was auch die Mächte in Lausanne beschließen mögen.

Dann sprach Tschitscherin von der morgen beginnenden Abrüstungskonferenz in Moskau; Rußlands Vorschlag geht dahin, zwischen den Nachbarstaaten Kontrollzonen zu schaffen, in denen nur Grenztruppen in einer von den Nachbarn festgesetzten Stärke bleiben dürfen, worüber gemischte Kommissionen wachen sollen. Das System sei bereits in Ausführung zwischen Rußland und Finnland, und es sei zu hoffen, daß es auch zwischen anderen Nationen eingerichtet werde. Den praktischen Vorschlägen Rußlands, die alle künftigen Konflikte mit Nachbarstaaten nach Möglichkeit für alle Zukunft ausschließen sollen, siehe vorläufig Rumänien als größtes Hindernis im Wege. Tschitscherin hofft jedoch, daß die Konferenz trotzdem erfolgreich verlaufen werde.

Um 1/2 9 Uhr abends verließ Tschitscherin Berlin, um sich nach Lausanne zu begeben. Vor dem Pressempfang hatte er noch eine längere Unterredung mit Reichstagsminister Dr. Gund.

Lausanne, 30. November. (WIZ.) Ein russischer Delegierter erklärte heute dem Generalsekretär der Konferenz, Wassigil, die auf Freitag festgesetzte Sitzung über die Meerengenfrage auf Montag zu verschieben, damit Tschitscherin und die anderen russischen Delegierten teilnehmen können. Eine offizielle Antwort ist noch nicht erteilt worden, doch steht fest, daß der Ausschub bewilligt werden wird.

Aufstand in Griechisch-Thrazien.

Paris, 30. November. (WIZ.) In Ergänzung einer Meldung der „Chicagoer Tribune“ über eine gegen Griechenland gerichtete Aufstandsbewegung in Westthrazien meldet eine Nachrichtenagentur aus London, daß die große Eisenbahnlinie in der Nähe von Adrianopel aufgerissen wurde und der Orientexpress entgleist ist.

darüber, daß der akute Ausbruch der Krise auch sonst in den nächsten Wochen für unvermeidlich angesehen wird.

Daß die Stellung Poincarés erschüttert ist und daß Poincaré als sein verantwortlicher Nachfolger gilt, ist hier bereits vor einiger Zeit dargelegt worden. Auch dürfte es zutreffen, daß Poincaré durch die Ankündigung von Zwangsmassnahmen nicht zuletzt innerpolitische Zwecke verfolgte. Inwieweit aber Millerand, der jedenfalls bei früheren ähnlichen Krisen (z. B. beim Sturz Briand's) die treibende Kraft war, jetzt eine „bremsende“ Tätigkeit entfalten mag, entzieht sich unserer Beurteilung.

Ein Antrag der Arbeiterpartei.

London, 30. November. (WIZ.) Im Unterhaus brachte der Arbeiterführer Clynes einen Änderungsantrag der Arbeiterpartei zur Erwidrerung auf die Thronrede ein. In dem Antrag heißt es, angesichts der beispiellosen Arbeitslosigkeit, die zum großen Teil das Ergebnis von vier Jahren verfehlter Politik sei, für die die Regierung als die beherrschende Partei in der früheren Koalition verantwortlich sei, sei seinerlei Vorschlag für eine Ausnahme oder Sonderbehandlung der Opfer dieser Politik vorhanden und kein Anzeichen einer Aenderung, um die europäischen Abnehmer Englands in den Stand zu setzen, wieder englische Waren zu kaufen und so den internationalen Handel wieder herzustellen und die internationalen Währungen zu stabilisieren.

Die Einbringung dieses Antrags bedeutet die Aufrollung der Reparationsfrage im Unterhaus.

Der ausweichende Bonar Law.

London, 30. November. (WIZ.) Heute wurde im Unterhaus an Bonar Law wieder die Anfrage gerichtet, ob Großbritannien sich gegen einen Versuch seitens Frankreichs, die Rheingebiete von Deutschland loszureißen, widersetzen würde. Der Premierminister erwiderte, die Frage sei ganz hypothetisch (?), und es sei ihm daher nicht möglich, sie zu beantworten. Ein derartiger Vorschlag sei der kritischen Regierung nicht gemacht worden.

Die türkische Grenze im Zusammenhang steht, sei noch nicht festgestellt. Die Wirren in Thrazien sollen ziemlich ernstes Charakter haben. Die Gegend von Debagaisch (das von Bulgarien gefordert wird) soll von einer 5000 Mann starken bemanneten Bande beherrscht werden, die für Thrazien eine Volksabstimmung verlangt.

Konstantinopel, 30. November. (IZ.) Die Panik in der europäischen Kolonie hält an. Viele Laufende angelegener Kaufleute verlassen die Stadt, um sich anderswo eine Existenz zu schaffen. Eine ganze Reihe französischer Firmen hat liquidiert. Befestigungen der Europäer sind häufig.

Konstantinopel, 30. November. (IZ.) Der Direktor des Auswanderungsbureaus erklärte, daß in den letzten drei Monaten 170 000 Flüchtlinge Konstantinopel verlassen hätten, darunter 110 000 Griechen, 15 000 Armenier, 12 000 Russen, 7000 Juden, 6969 Türken und 20 000 Angehörige verschiedener Nationen.

London, 30. November. (WIZ.) Im Unterhause fragte Abg. Kellen, ob die Regierung die Absicht habe, wöchentlich 100 Pfund Sterling für den Unterhalt des nach Malta gestohlenen Esultans zu übernehmen. Der Unterstaatssekretär für Herzogtum Roc Kell antwortete, daß die Frage zurzeit geprüft werde. Es werde untersucht, ob der Sultan noch private Einkünfte habe oder nicht. Darauf fragte Abg. Bugton (Arbeiterpartei): „Wenn es sich herausstellt, daß der Sultan eine finanzielle Unterstützung braucht, wird er dann gezwungen werden, sich in die Liste der Arbeitslosen einzutragen?“ und Abg. Jones rief dazwischen: „Natürlich, 15 Schilling die Woche und 1 Schilling für jede Frau!“ Das Haus quittierte mit lautem Gelächter.

Die Polonisierung Ost-Oberschlesiens.

Warschau, 30. November. (IZ.) Der Reichsausschuss des ober-schlesischen Sejms hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß sowohl in den Posen wie in den Ausschreitungen nur polnisch geredet und protokolliert werden darf.

Nach polnischen amtlichen Daten beträgt die Gesamtzahl der Oplanten für Deutschland in Posen und Bismarckellen 103 349 Personen, davon 62 Proz. Juden und 6,2 Proz. (324 Personen) Polen; letztere wohl aus wirtschaftlichen Rücksichten. 36,3 Proz. der Oplanten sind Arbeiter, 24,9 Proz. Handwerker, 23,2 Proz. Landwirte, 15,4 Proz. Kaufleute und Angehörige freier Berufe. Nach der polnischen Volkszählung von Ende 1921 wohnten damals in den beiden Provinzen 351 000 Deutsche gegen 680 000 nach der letzten preussischen Volkszählung.

Die Einigung der englischen Liberalen. Nachdem sich sowohl Lloyd George wie Asquith für die Verschmelzung der beiden liberalen Flügel des Unterhauses ausgesprochen haben und auch die liberalen Mitglieder des Oberhauses für den Gedanken der Einigung gewonnen zu sein scheinen, dürfte diese Einigung unmittelfach bevorstehen. Die Frage der Führerschaft ist bisher noch nicht geklärt.

Die Träger des Staates.

Die Arbeiter zahlen, das Kapital wartet.

Die Uebersicht über die Reichseinnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben liegt nunmehr für die ersten sieben Monate des Rechnungsjahres 1921/22 vor. Sie gewährt einen interessanten Einblick in die Verteilung der steuerlichen Lasten auf Besitz und Verbrauch, auf Kapital und Arbeit. Ist genug haben wir darauf hingewiesen, daß auch die sogenannten Besitzsteuern in Zeiten der Geldentwertung von den Sachbesitzern nicht getragen, sondern durch höhere Preise auf die breite Masse abgewälzt werden. Aber selbst die Höhe dieser rein nominalen Besitzsteuern ist im Verhältnis zum Gesamtaufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben erschreckend gering. Von 183,2 Milliarden Reichseinnahmen sind, wenn man die unmittelbar auf dem Verbrauch lastenden Steuern sowie die Lohnsteuer und die Exportabgaben abzieht, noch nicht 20 Milliarden, also knapp ein Reuntel, vom Kapitalbesitz und Kapitalverkehr erhoben worden.

Nicht viel anders steht es mit der Erfassung der Valutagewinne. Die Ausfuhrabgaben erbrachten in sieben Monaten des laufenden Jahres 16,8 Milliarden Mark, infolge der Valutaentwicklung ganz bedeutend mehr als im Vorjahr, wo noch nicht 0,6 Milliarden in der gleichen Zeit eingegangen sind. Aber der Betrag ist lächerlich gering im Verhältnis zum gesamten Steueraufkommen. Noch nicht ein Zehntel der gesamten Steuereingänge wird von den Valutagewinnen beim Warenexport bestritten.

Die Eckpfeiler des Steuersystems sind nach den letzten Finanzreformen immer noch die Einkommen, die Umsatz- und die Kopfsteuer. Aus diesen drei Steuerquellen allein flossen in den ersten sieben Monaten d. J. 119,6 Milliarden Mark, also etwa zwei Drittel der gesamten Steuereingänge. Nun setzt sich die Einkommensteuer aus zwei durchaus verschiedenen Bestandteilen zusammen: der Lohnsteuer und der durch Veranlagung ermittelten Einkommensteuer. Erstere wird in der vollen Höhe entrichtet, da ihre Zahlung nicht hinausgeschoben werden kann. Wer am 1. Oktober oder an irgendeinem Wochentag 1000 M. Lohnsteuer zahlt, entrichtet damit die tatsächliche Kaufkraft, die an diesem Tage die bezeichnete Geldsumme hat. Wer hingegen erst ein Jahr später die gleiche Betrag zu entrichten braucht, zahlt in entwertetem Geld, entrichtet also bedeutend weniger Kaufkraft, als der Steuertarif erfassen wollte und sollte. So sind alle diejenigen, deren Einkommen aus Sachbesitz oder aus dem Warenhandel entsteht, in der glücklichen Lage, ihre Steuern nur mit einem Bruchteil derjenigen Kaufkraft zu bezahlen, die der Arbeiter und Angestellte mit seinem Lohnbetrag entrichtet. Auch die Vorschußleistungen, die jetzt für Steuern erhoben werden, haben diesen Mibstand nicht beseitigen können. Werden doch die Vorschußleistungen erhoben auf Grund der Veranlagung vom letzten Steuerjahr, wo fast durchweg die Einkommen bedeutend niedriger gewesen sind als jetzt, so daß tatsächlich nur ein winziger Bruchteil der Steuerpflicht durch die Vorschußleistung eingehit. Der weitaus überwiegende Teil wird wieder in schlechterem Gelde bezahlt. Man kann also im großen und ganzen annehmen, daß der Ertrag der Einkommensteuer fast ausschließlich das Einkommen aus Arbeit erfährt.

Vergleicht man die Eingänge an diesen drei Steuern mit dem Vorjahr und stellt man zugleich die Einnahmen, die nur im Oktober dieses und vorigen Jahres hereingekommen sind, gegenüber, so erhält man ein klares Bild, wie sehr sich diese wichtigen, auf Arbeit und Verbrauch lastenden Steuern der Geldentwertung angepaßt haben. Folgende Uebersicht zeigt das deutlich:

Table with 3 columns: Einnahmen, Umsatz- und Kopfsteuer, and a third column. Rows for April-Oktober 1921, 1922, and October 1921, 1922.

Innerhalb der ersten sieben Monate also ergibt sich eine Steigerung auf das Sechsfache bis Achtfache, für die beiden Monate Oktober ist die Erhöhung der Einkommen- und der Umsatzsteuererträge sogar noch bedeutend größer, nämlich auf das Zwölff- bzw. Zehnfache! Ähnlich sind auch die Einnahmen aus den Zöllen in die Höhe gegangen. Diese sind infolge des mit der Geldentwertung in die Höhe gegangenen Aufgeldes folgendermaßen gestiegen: in sieben Monaten 1921 mit 2,7 auf 13,6 Milliarden, in diesem Jahre also rund das Fünffache, von Oktober 1921 mit 0,7 auf 4,3 Milliarden, im Oktober dieses Jahres also das Sechsfache. Ähnliche, wenn auch teilweise nicht so starke Erhöhungen brachten die Abgaben auf Bier, Tabak und die Abgaben des Reichsbrandweinmonopols. Eine Zusammenfassung der Erträge sämtlicher Verbrauchssteuern, dazu der Umsatzsteuer, der Zölle und der Einnahmen aus den Eisenbahnverkehrssteuern ergibt die stattliche Summe von 146,5 Milliarden für die ersten sieben Monate d. J. Das ist der Anteil der Arbeit und des Ver-

brauches an den Steuereinnahmen des Reiches. Er beträgt mehr als drei Viertel.

Ihm gegenüber steht eine Steuerleistung von Besitz und Kapitalverkehr in Höhe von rund 20 Milliarden Papiermark, die für die besitzenden Steuerzahler tatsächlich nichts anderes als Papiermark sind, während sie für den unterbezahlten Lohnarbeiter tatsächlich Einbuße an Kaufkraft vorstellen, die sie nicht später einmal durch die Geldentwertung ausgleichen können.

Eine wesentliche Folge der Geldentwertung ist es, daß die Erträge der meisten Steuern bereits nach den ersten sieben Monaten dieses Jahres schon bedeutend größer sind, als man im Voranschlag für das ganze Jahr an Einnahmen erwartet hatte. Das gilt auffallenderweise nicht für die Erbschaftsteuer. Obwohl doch auch erhebliche Sachwerte vererbt werden, deren Wert in Papiermark ganz enorm gestiegen ist, hat sich der Ertrag der Erbschaftsteuer gegen das Vorjahr bis jetzt noch nicht einmal verdoppelt. Ganze 529,6 Millionen wurden durch die Erbschaftsteuer aufgebracht.

Die gewaltige Schonung des Besitzes, eine Folge der Geldentwertung, nicht der Steuergesetze selbst, geht auch aus folgender Gegenüberstellung hervor: Die Zwangsanleihe hätte mit den 70 Milliarden Papiermark, die man von ihr erwartet, mehr als zwei Drittel des im Haushalt vorgesehenen Steuerfolls aufgebracht. Würde der Betrag jetzt nicht erhöht, so wird sie noch nicht die Hälfte von dem aufbringen, was allein an Verbrauchssteuern und aus der Einkommensteuer einging. Uebrigens waren Ende Oktober dieses Jahres für die Zwangsanleihe erst 2,7 Milliarden Mark eingezahlt.

Die ungeheure Belastung des arbeitenden Volkes durch die Steuern, der eine ebensolche Schonung des Besitzes gegenübersteht, zwingt zu einer durchgreifenden Reform der Steuergesetzgebung. Wir brauchen nicht neue Steuern, sondern wirksamere Steuern auf den Besitz. Hierzu gehört in erster Linie die Einführung einer Naturalsteuer für die Landwirtschaft nach den Vorschlägen des obdenburgischen Ministerpräsidenten Tanzen und auch im übrigen eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen des Sachbesitzes. Die Naturalsteuer für die Landwirtschaft wäre um so notwendiger, als man dadurch endlich einmal aufklären könnte, in welchem Maße schon jetzt die Leute, die mit Begeisterung eine Brotzuschußsteuer fordern, zur Deckung der Staatsausgaben und zum Ausgleich des Defizits beitragen. Die amtliche Steuerstatistik in ihrer jetzigen Form gibt darüber keinen Aufschluß. Wir glauben aber mit Recht annehmen zu müssen, daß sich da, wenn man die gegenwärtigen Steuern zugrunde legt, erschreckend niedrige Steuerleistungen der Großagrarien herausstellen würden.

Jedenfalls geht es so wie bisher, wo die Besitzsteuern nur dem Namen nach existieren und auch dann nur einen winzigen Bruchteil der Reichsausgaben decken, während die Arbeiterkraft und die Verbraucher ein Uebermaß an Steuern zu leisten haben, nicht mehr weiter. Die Arbeiter und Gehaltsempfänger tragen heute nicht nur wirtschaftlich, sondern auch steuertechnisch das Reich. Ihnen steht noch Aufgabe des Achtstundentages zuzumuten, ist angesichts dieser Steuerziffern eine besondere Dreifachheit.

Änderung der Zwangsanleihe?

Dem Reichsrat ist der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe zugegangen. Der Entwurf enthält eine Reihe von Änderungen, die durch die Geldentwertung notwendig geworden sind und sich auf die Bewertung der Wertpapiere, auf die Erhöhung der Freigrenzen und die Streichung der Vorschrift über die Nachforderung sowie Erstattung, je nachdem die Einnahmen aus der Zwangsanleihe den Betrag von 70 Milliarden um mehr als 4 v. H. übersteigen, oder hinter ihm zurück-

bleiben. Nach dem Gesetz sollen ausländische Wertpapiere ohne inländischen Kurswert mit den Kursen oder Werten vom 31. Dezember 1922 angerechnet werden. Bei Wertpapieren, die auf eine am 31. Dezember 1922 der deutschen gegenüber hochwertigen Währung lauten, ist für die Umrechnung in die inländische Währung der Durchschnittskurs der ausländischen Währung zugrunde zu legen, die ermittelt wird aus der durch drei geteilten Summe der Kurse am Ende der ersten Hälfte der Jahre 1920, 1921 und 1922 einerseits und aus den Kursen vom ersten Börsentage des letzten Vierteljahres des Kalenderjahres 1922 andererseits. Für die erste Veranlagung der Vermögenssteuer sind inländische und ausländische Wertpapiere mit Durchschnittskursen zu bewerten, die nach demselben System ermittelt werden sollen. Die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieser Vorschriften soll der Reichsfinanzminister nach Anhörung von Sachverständigen erlassen. Bisher waren von der Zwangsanleihe Vermögen bis zu 100 000 Mk. befreit. Diese Freigrenze wurde bei einem Dollarstand von 200—400 Mk. errechnet und soll jetzt auf 200 000 Mk. erhöht werden. Eine entsprechende Erhöhung der beiden anderen Freigrenzen von 300 000 auf 600 000 Mk. und von 1 Million auf 2 Millionen ist ebenfalls vorgeschlagen. Der Gegenwert der Zwangsanleihe wurde mit einer Milliarde Goldmark festgesetzt, und die Regierung hat den aufzubringenden Betrag mit 60 Milliarden Papiermark angenommen und danach den Tarif aufgestellt. In der Begründung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf wird gesagt, daß die fortgeschrittene Geldentwertung nicht gestattet, an der gesetzlichen Fixierung eines bestimmten Betrages festzuhalten. Außerdem sei der Grund für die Fixierung, sich auf jeden Fall einen Betrag von 70 Milliarden zu sichern, weggefallen, da infolge der Geldentwertung mit einer Ueberschreitung gerechnet werden müsse. Aus diesen Gründen sollen im § 1 des Zwangsanleihegesetzes die Worte „in Höhe von 70 Milliarden“ und im § 27 die Bestimmungen über Nachforderung bzw. Rückerstattung gestrichen werden. Der Gesetzentwurf soll mit rückwirkender Kraft vom 25. Juli 1922 in Kraft treten.

Neue Forderungen des Reichslandbundes.

Abbau der Umlage. — Allgemeine Brotzuschußsteuer.

Der Reichslandbund hat dem noch immer nicht ernannten Reichsernährungsminister, für den der deutsche nationale Staatssekretär Heinrich die Geschäfte führt, eine Reihe von Forderungen unterbreitet, deren Endzweck die Verminderung der Umlage, die Einführung der freien Getreidewirtschaft und die Schaffung einer allgemeinen Brotzuschußsteuer zur Verbilligung des Brotes ist. Bezeichnend ist dabei, daß die Landwirte diese Forderung aufstellen, obwohl in einer Reihe von Bezirken mit schlechteren Ernteergebnissen die Umlage bereits herabgesetzt worden ist, gleichwohl aber die Pflichtlieferungsmenge trotz Verlängerung der Lieferzeit nicht zur Ablieferung gelangte. Die Forderungen haben also offenkundig den Zweck, dem bisher mit nicht unbedeutlichem Erfolge geführten Lieferstreit die Krone aufzusetzen. Wir erkennen durchaus nicht, daß es Landwirte gibt, die im Interesse der Produktionssteigerung glauben, die freie Wirtschaft fördern zu müssen. Von den maßgeblichen Führern des Reichslandbundes können wir das nicht annehmen. Wären sie von der Unmöglichkeit der Umlage so überzeugt, so hätten sie es nicht notwendig gehabt, die Erntestatistik zu fälschen, indem sie ihre Anhänger zur Hintertziehung der notwendigen Angaben über Getreideanbau aufforderten. Eine neue Heraussetzung des Umlagepreises ist unbegründet, solange die zum zweiten Drittel der Umlage gehörigen Mengen nicht gegen den für diese festgesetzten Preis zur Ablieferung gelangt sind. Selbstverständlich kann man den Landwirten nicht das Recht zu der Forderung aberkennen, auch den Umlagepreis der mit der Geldentwertung steigenden Produktionskosten zu erhöhen. Voraussetzung dafür aber ist, daß sie zu dem einmal festgesetzten

Umlagepreis anzuliefernden Mengen auch tatsächlich abgeliefert werden. Die bürgerlichen Parteien haben sich bei der letzten Korrektur der Umlagepreise nicht daran gekehrt, und es ist sehr zu befürchten, daß sie auch jetzt den Agrariern ohne weiteres nachgeben werden. Um so mehr wird die Sozialdemokratie darauf bedacht sein müssen, zu verhindern, daß der Lieferstreit noch durch Preisaufschläge begünstigt wird.

Braunschweig für Zwangswirtschaft.

Braunschweig, 30. November. (WZ.) In der heutigen Sitzung des Landtages wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Landesregierung beauftragt, bei der Reichsregierung auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu dringen; desgleichen ein Antrag auf Entsendung einer aus Mitgliedern des Landtages und Vertretern der Verbraucherschaft bestehenden Kommission nach Berlin, die mit der Reichsregierung über eine Besserung der Lage der am schwersten leidenden Volkskreise verhandeln soll.

Die katholischen Arbeitervereine gegen Cuno

Eine Tagung der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Düsseldorf, auf der 45 Vereine vertreten waren, nahm eine Entschlieung an, in der es heißt:

„Der außerordentliche Bezirkskongress der katholischen Arbeitervereine von Düsseldorf Stadt und Land weist die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf die verhängnisvolle wirtschaftliche und politische Entwicklung hin, die dazu angeht, die soziale Stellung der Arbeiterschaft herabzubrüden. Mit besonderem Nachdruck betonen wir, daß eine „Produktionspolitik“, die auf eine grundsätzliche oder praktische Beseitigung des Achtstundentages abzielt, unseren entschlossenen und entschiedenen Widerstand finden wird. In den Betrieben sind Technik und Organisation der Produktion zu verbessern, nicht zuletzt durch Mitarbeit der Betriebsräte. Die Zahl der Fabrikbeamten zur Beaufsichtigung der Arbeiter ist zu vermindern. Die Einstellung alter Offiziere in so hohem Maße bei der Industrie, wie es heute geschieht, ist produktionsmindernd. Dem Kabinett Cuno steht die Arbeiterschaft ablehnend gegenüber. Es wird schwer halten, diesem Kabinett im Volke festes Vertrauen zu verschaffen. Angesichts der unklaren Verhältnisse und dem Mangel an frohwilliger Führung im deutschen Parteiwesen ist die bürgerliche Arbeiterschaft eine Gefahr für die demokratische und soziale Entwicklung der Republik. Was man glauben mit der bürgerlichen Arbeiterschaft erreichen zu können, wird nach unserer Meinung wirksamer durch eine Arbeiterschaft aller sozial und republikanisch Gesinnten herbeigeführt werden.“

Nur ein Schreibfehler!

Dem Ratte im Reichswehrministerium, der im amtlichen Auswahng für den verbotenen „Verband nationalgesinnter Soldaten“ Reklame macht, erwächst ein Verteidiger in dem östlichen Schriftleiter der antisemitischen „Deutschen Zeitung“. Dieser Freund des Herrn aus dem RWM stellt sich über den „Vorwärts“ entsetzt und behauptet, eine einfache Anfrage im Reichswehrministerium würde uns überzeugt haben, daß es sich nur um einen Schreibfehler handle. Gemeint sei der „Nationalverband deutscher Soldaten“, nicht der aufgelöste und daher nicht existierende „Verband nationalgesinnter Soldaten“!

Der deutschösterreichische Vertrauensmann etwelcher Herren aus dem RWM verrät in seinem Eifer zumiel. Was müssen das für republikanische Gehirnstrukturen sein, die es zulassen, daß man gewissermaßen gewohnheitsmäßig den Namen eines verbotenen Verbandes braucht, während man doch gerade einen harmlosen verwenden wollte! Es scheint, daß solche harmlosen Verwechslungen in der Wehr der Republik nicht ganz selten sind.

Ein Ausschuss für Beamtenabbau. Der Hauptausschuss des Reichstags hat einen Unterausschuss eingesetzt, der sich fortlaufend mit Überprüfungen an der Beamtenschaft, namentlich in den Ministerien, beschäftigen soll. Dem Ausschuss gehören an die Abgeordneten Stücklen (Soz.), Schmidt (Dnat.), Rißner (Zr.), Quack (D. Sp.) und Wieland (Dem.).

Der gute Geschmack.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es gibt eine Reaktion gegen allerhand Modernismen und — sagen wir's nur offen — Scheußlichkeiten der Musik. Die Ueberreibungen nach der einen Seite hin, die etwa beim Kubismus, der farb- und klanglosen Musik-Architektur enden, provozieren einen gar nicht immer ungefundenen und oft ganz instinktiven Widerwillen des Publikums gegen alles Neue. Das ist wiederum eine große Gefahr, aber sie wächst mit der Unmöglichkeit, schnell Spreu von Weizen, Sonne von Nebel, Mache von Genie-Einsatz im Musikantischen zu unterscheiden. Reaktion gegen Joppe und Puder ist gut; aber auch gegen egotisches und anderes Importparfüm. Man konnte so etwas von hier Sehnsucht nach bewährter und ewiger Kunst im letzten Konzert der Staatsoperntapelle bemerken; dort begeisterte sich eine — allerdings konterrativ gebrillte — Gemeinde derart an einer Haydn-Einfonie, daß Uebendroth einen Satz wiederholen mußte. Am liebsten hätte man bei Furtwängler ähnlich das ganze Concerto grosso von Händel (D-Dur) noch einmal gehört. Diese 6 Sätze sind allerdings auch so voller Leben, Empfinden, Schönheit, Reinheit und Feinheit, daß kein Mensch von Geschmack an ihnen vorbeistehen kann. Sie holen sich ihr Material zum Teil aus der feinen Cäcilien-Ode und zeigen in ihrer leuchtenden Durcharbeitung ganz moderne Züge. Das Streichorchester füllt die harmonischen und Klangfarben so aus, daß ein Cembalo überflüssig wird. Die Soli im Ensemble spielen von den Berg, Hoff (Weige) und Kirchberger (Cello) höchst deitast. Eine Händel-Arie wurde dann von Erb stilistisch sein, aber ohne sehr viel Modulation oder gar Seele gefungen. Zuletzt dirigierte Furtwängler, von dem wir viel Großartiges gewohnt sind, die Charakterbilder zur Faust-Einfonie (Vllts) so monumental, scharf umrissen, daß wirklich von der Staubsticht, die selbst auf diesem historisch bedeutsamen Werk liegt, alles, aber auch alles fortlog. Eine wahre Meisterleistung. Es ist Zeit, daß die Mitglieder der Volksbühne diesen Mann, den einzigen Nachfahren Nikischs, einmal kennen lernen.

Ist nun das alles wirklicher Publikumsgeschmack? Man sollte sich dessen freuen. Ein altdeutscher Volksliederabend bringt altes, wertvolles Songmaterial in den ästhetisch trefflicheren, gewandten Bearbeitungen von Heinrich Weinreis ans Tageslicht. Ein Tummelplatz für die nach froher und weher Melodie Suchenden. Ein paar löstliche Proben (14. bis 17. Jahrhundert) boten Heria Stolzenberg und Ludwig Heß, beide einfach, schlagig in Ton und Ausdruck, gerade hierdurch aber im Stil der Zeit und der Motive bleibend. Kahn besetzteitete grazids, und der Theatralische Chor übertrug sich wieder einmal selber. Sehr schön waren die Geschwister Am-Itad Aug' und Sinn auf altitalienische Kammerduette und Arien. Wenn man die beiden Damen hörte, merkte man kaum die Schwierigkeiten dieser Arien. Menzies, Duets von Astorga, Bononcini, Pergolesi, Scarlatti usw. Ein Sopran (der nicht frei von Schärfe ist) und ein Mezzo-Sopran (der in der Mi-Tiefe ausdrucksvoller werden kann) einten sich hier zu einer bis ins Kleinste durchdachten, klug abgestimmten und fein ausgeführten, einheitlichen Leistung. Das alles hatte Stil, besonders noch in der cembalistischen Unterstüzung durch Frau Ehlers.

Der große Konturrent dieses Cembalo, das auf lange Zeit hinaus monoton klingt, der Flügel, wurde von vielen Brufenen und Halbbrufenen bemüht. Sind Jacob Roos und Rudolf Reuter gute pianistische Begabungen, ist Lombino ein kräftiger, baumeistlicher Licht-Spieler, so ist Ahorn unter den Jüngeren der Besten einer. Wie er das Klavier liebt, so liebt es ihn wieder. Seine Hauptstärke: russische Musik; Mischung aus starkem Griff und zartem Tasten, unsehbarer Technik und possenolle, nachdenkliche Ausarbeitung melodischer Werte lassen ihn selbst aus der Reihe der Brufenen noch um ein Stück herausragen. Manja Barkau bewährte sich wiederum als eine Sopranistin von besten Vortragsmannieren und produktvoller Musikalität; selbst den dramatischen Argentin Trunfcher Liedpoesie wird sie gerecht, doch ist ihre hierin der temperamentvolle Begleiter Vollerthum noch über. (Die reisende Berlinerische Allee, ein Do-capo-Lied Trunks, könnte auch heißen: „Wer will unter die Soldaten?“ Dies nebenbei!) In Clud- und Händel-Arien zeigte Asta Dalgaard zwar gutes Stimmmaterial, aber eine kaum unterbietbare Gleichgültigkeit und Stumpfheit des Ausdrucks. Was noch zu verderben war, verdarb Dr. Gsch, der sich aber in reinen Orchesterfällen wieder routiniert herauspaukte.

Die Gebrauchszentrale. Wiesbaden, die in spekulativer Absicht jetzt die Hallen der Berliner Hotels besiedeln, haben natürlich durchaus nicht die Absicht, trauere Berliner zu werden. Wenn sie ihre Geschäfte besorgen haben, fahren sie in die Heimat. Zu den Geschäften aber gehört es vornehmlich, sich mit allerlei schönen Gebrauchs- und Luxusdingen vollzusetzen, die man heute nirgendwo so resolut und so volutarellos billig bekommt wie in Berlin. All diese Dinge wollen nun freilich auch über die Grenze gebracht werden. Zu diesem Zweck müssen sie des Glanzes der Neuheit beraubt werden. So sieht man manchen durch die Berliner Hotel-hallen mit schmerzlich vertrockneten Gesicht hinken — er tritt die Stiefel für seinen „kleinen“ Bruder ein. Indige Köpfe bieten sich sogar den Auffäufern an, neue Sachen wie — alt herzurichten. Ich weiß nicht, ob diese Allerweltschiffer aus der Antiquitätenbranche kommen, in der man ja in der Antikisierung zeitgemäßer Erzeugnisse vor keinem noch so fern liegenden Jahrhundert zurückredet. Jedenfalls, wenn nur bald der Auffäufersstrom oerechbt sein wird, könnten sich diese auf Alt gestimmten Seelen mit Erfolg dem Antikhandel zuwenden. Besondere Uebung haben sich die Altmacher auf dem Gebiete der Beharwaren angeeignet. Lederjaden, Koffer, Reise-necessaires, Lederkappen, das erhält alles im Ru die Watina längerem Gebrauchs. Es entwickeln sich geradezu Gebrauchszentralen, die, in verschiedenen Abteilungen spezialisiert, alle nur erdenklichen Gebrauchsgegenstände gegen angemessene Entschädigung auf Alt umstimmen. Die hier arbeiten, sind die Kollegen der berufsmäßigen Einkäufer. Sie haben es wie diese verstanden, aus der Not des Landes eine Untugend zu machen. Wir stehen wirklich verlehrt. Einmal galt es als besondere Kunst, alles neu erscheinen zu lassen, heute bemüht man sich zünftig in Gebrauchszentralen, Neues in Altes zu verwandeln.

Deutsch-englische Kulturbeziehungen. Der Sachverständige für Geschichte im Foreign Office, Headlam Parry, hielt im Londoner King's College einen Vortrag über das Thema „Der deutsche

Einfluss auf die britische Geschichte“. Der deutsche Botschafter Stamer, der den Vortrag hatte, wies darauf hin, daß Morley ein genauer Kenner Deutschlands sei, daß er für Land und Leute Verständnis gezeigt habe und in seinem Buche über Bismarck Gründlichkeit mit Wahrheitsliebe vereine.

In seinem Vortrage schilderte Morley den jahrhundertelangen kulturellen Einfluss deutschen Denkens und deutscher Kunst auf England. Er sagte, Deutschland habe eine hervorragende und ausgezeichnete Rolle gespielt, und England verdanke ihm vieles, was niemals verloren gehen könne. Der Vortragende erwähnte in diesem Zusammenhang die Sonaten Beethovens, die Bachschen Fugen, die April Goethes, die Lieder Schumanns und Schuberts und die Philosophie Kant.

Der deutsche Botschafter erklärte, seit dem 12. Jahrhundert hätten die englische und die deutsche Nation in dauernder Berührung miteinander gestanden, und gute Beziehungen hätten nicht nur in Handel und Schifffahrt, sondern auch in kulturellen Fragen geherrscht. Es würde sich lohnen zu untersuchen, welches der beiden Länder mehr durch das andere beein, ußt sei, auf jeden Fall hätten beide durch diese Wechselwirkung gewonnen. Die Entscheidung darüber, ob sich die gegenseitige Beeinflussung auch in Zukunft wieder geltend machen werde, liege im Schoße der Götter. Der Vortrag sei zu begrüßen als ein erster Schritt auf dem langen und steilen Wege, der schließlich dazu führen werde, die beiden Nationen wieder in Berührung miteinander zu bringen.

Die Vollendung des Innwerkes. Das Innwerk, Bayerns zweitgrößtes Kraftwerk, geht nunmehr seiner Vollendung entgegen. Es ist zum Unterschied vom Walchen, und Rittlerin Harwerk durch private Initiative, durch die bayerische Aluminium-Untersuchungsgesellschaft, ins Leben gerufen worden. Durch Ausnützung des Inngefälles zwischen Töging und Lettenbach wird die gewollte Energie von 100 000 Pferdestärken gewonnen, wodurch 465 Millionen Kilowatt Leistung erzeugt werden. Die Leistung ist also dreimal so groß wie die des Walchensees, fast genau so groß wie die des Rittleren Harwerks. Die umfangreichen Erarbeiten, an denen seit 1919 zeitweise fast 7000 Arbeiter beschäftigt waren, sind fast vollendet. Die Entnahme des Innwassers erfolgt bei Lettenbach, wo der Inn durch ein mächtiges Wehr gesperrt wird. Ein 20 Kilometer langer Kanal führt das Wasser dem Wasserfall bei Töging zu. Das so gewonnene Gefälle beträgt 34 Meter.

Verichtigung. In unserem Artikel „Der Berliner Schau-spielerstreik“ ist durch Druckfehler ein Satz vollständig entfallen und unverständlich geworden, der nachfolgend folgenbermaßen heißt: „Seit Jahren ist das Ideal des deutschen Schauspielers nicht mehr so rein gewesen wie in diesem Augenblicke, da es das Materielle auf sich nimmt: den Streik.“

Opernplanänderung. In der Staatsoper wird wegen Erkrankung des Herrn Talan Freitag statt des „Barbiers von Bagdad“ „Die Jäuberliebe“ gegeben. Anfang 7 1/2 Uhr.

Conrad Ansohre ist schwer erkrankt und ins Krankenhaus gebracht worden. Um des Konzerts, das heute in der Philharmonie stattfinden soll, nicht in Frage zu stellen, wird Frédéric Remond für den erkrankten Kollegen einspringen.

Vorträge. Freitag 7 1/2 Uhr beginnt Dr. Günther Just für den Konfirmanden einen Vortragszyklus über „Den jetzigen Stand der Kbstammungsgeschichte“ Odenkauerstr. 47/48.

Schluss mit dem „Selbstschutz“!

Reden Seberings und Rabolds im Landtag.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung erklärte Innenminister Sebering im Landtag: Die heutige Debatte kann nur eine Nachlese sein zu alledem, was hier seit Juni politisch verhandelt worden ist. Die Redner der Rechten behaupten, die Regierung wolle die nationale Bestimmung weiter Volkstreu unterdrücken. Ich verwahre mich gegen diese Behauptung. Die Parteien der Rechten haben nicht das Nationalgefühl allein gepachtet; sie stellen mit diesem Ton der Debatte dem Lande einen schlechten Dienst. Zwischen der Volkstreu und der heutigen Regierungspolitik besteht ein himmelweiter Unterschied. Damals hat man selbst Gesangsvereine und freie Hilfsklassen drangaliert. Heute ist nicht so kleinlicher Politik keine Rede. Für mich sind die Taten einer Vereinigung wie des „Jungdeutschen Ordens“ oder des „Schutz- und Trugbundes“, nicht das entscheidend, was an schönen Worten über ihre Zwecke und Ziele in dem Programm steht. Wohl müssen einzelne Ortsgruppen des „Jungdeutschen Ordens“ anders als der „Schutz- und Trugbund“ beurteilt werden. Herr v. Vindeiner war schlecht beraten, als er die Rechtsprechung unter dem Sozialistengehölz rühmend hervorhob. (Lärm bei den Kommunisten. — Ruf: „Damals wurden keine Arbeiter ermordet!“) Ihre (zu den Kommunisten) Politik ist auf die Verführung der Arbeiter gerichtet, daher die zum Teil strengen Strafurteile. (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten.) Sie überschätzen sich doch, Herr Reich, wenn ausgerechnet Sie glauben, sich zum Reden zwingen zu können. Kontrollausschüsse dürfen sich keine behördlichen Aufgaben anmaßen; solche Ausschüsse der Kommunistischen Partei kann und werde ich nicht dulden. (Amdauernde Zwischenrufe der Kommunisten.) Um die Volksernährung sicherzustellen, müssen wir alle Kräfte bereitstellen, damit die Lebensfrage im Interesse der Produktionssteigerung bearbeitet wird. Das geschieht durch größere Beseitigung der Landwirtschaft mit Kunstdünger und dadurch, daß die Produktionslust der Landwirte gefördert wird. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Landwirte dürfen auch nicht durch Gewalttaten bei ihren Arbeiten gehindert werden. Im letzten Bericht des russischen Volkskommissars wird lebhaft Klage geführt, daß auch im letzten Jahre die Anbaufläche zurückgegangen sei. Ich will verhindern, daß wir zu russischen Zuständen kommen. (Lärm bei den Kommunisten.) Was Waffen und die angeht, so beschränke ich mich darauf, Waffenlager ungeschützt zu machen. (Erneutes Geschrei bei den Kommunisten. — Zuruf: „Da lachen selbst Ihre Parteifreunde!“) Wer Waffenlager unterhält und beschützt, ist ebenso gefährlich, wie es Organisationen sind, die, wenn auch nicht lebensgefährlich, so doch ihrer Bestimmung gemäß aufgerufen werden sollen, um gegen einen angeblich existierenden Feind im Innern zu kämpfen. Das gilt für links und für rechts.

Alle Selbstschutzorganisationen werden in Preußen aufgelöst. Das geschieht nicht erst dann, wenn das Haus in Brand geraten ist, sondern schon vorher. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

In der Besprechung erklärt Abg. Rabold (Soz.): Die Programme der organisierten Organisationen haben nur den Zweck, ihnen ihr Dasein zu sichern; sie mögen alle möglichen Ziele haben, nur nicht das der Sicherung der Verfassung, sie bezwecken alle, die Verfassung zu beseitigen, und zwar auf gewalttätigstem Wege. Der „Jungdeutsche Orden“ hat zahlreiche Waffenübungen auf dem Weissenhof, ganz besonders in Thüringen. Herr v. Vindeiner verlangte die Aufhebung der Gesetze zum Schutz der Republik; damit will man den Mordanschlägen wieder freie Bahn schaffen, die monarchistische Hehe wieder hemmungslos betreiben können. Diese Vereine und Gesellschaften sind gefährlich und können daher ohne weiteres auf Grund der Verfassung verboten werden.

Der Mordanschlag gegen Harden hat der deutschen nationale Redner sich wohl gehütet, zu erwähnen; denn einer der Mordgesellen hat sich nach der Tat auf das Bureau der Deutschen nationalen Partei begeben, um sich nach „beschlüssigem“ verübter Tat Reuegeld zu holen. (Unruhe rechts.) Und statt ihn dort zu verhaften, gab man ihm Gelegenheit, zu verschwinden. (Lärm rechts. — Ruf: „Lüge!“ Gegenrufe links: „Lügner!“) Klage des Präsidenten.) Die Urteile des Staatsgerichtshofes sprachen mit den Hochverrätern sehr viel milder, als die preussischen Gerichte mit den Vätertern oder die bayerischen Volksgerichte mit den Journalisten, die für ausländische Blätter korrespondiert haben. Gewiss ist auf die Dauer nicht mit Polizeiverboten zu regieren, aber das Schutzgesetz für die Republik richtet sich ja gegen die Gruppen, welche Gewalt und Verbrechen auf ihre Fahne schreiben. Die Festsetzung des republikanischen Gedankens muß schon in der Schule beginnen, und hier liegt noch fast alles im argen. Die Republik muß das Recht haben, sich zu wehren; nicht Aufhebung der Schutzgesetze, sondern Fortbestehen der ergangenen Verbote. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt der Volkspartei Abg. Bintege die Unterstützung des deutschnationalen Antrages durch die Deutsche Volkspartei in Aussicht. — Freitag 12 Uhr Weiterberatung der kleinen Gegenstände.

Wohin Steuern wir?

Die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes.

Das Reichsministerium des Innern hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die über die bisherige Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik Rechenschaft gibt. Der Staatsgerichtshof hat, wie sein Name bereits sagt, die Aufgabe, die Republik und ihre Interessen vor ungerechtfertigten Angriffen zu schützen. Er hat die Aufgabe, gegen jene Hege anzukämpfen, die immer wieder zu Ministermorden und umwälzlichen Geheimbündelereien geführt hat. Der Staatsgerichtshof war als letzte und höchste Vollzugsinstanz des Gesetzes zum Schutze der Republik gedacht. Von vornherein war zu erwarten, daß die Kreise und Organe, die eine bewußte Verunglimpfung der Republik zwecks Beseitigung der gegenwärtigen Staatsform betreiben, durch veränderte Taktik, ohne ihr Ziel aufzugeben, den Paragraphen des Schutzgesetzes zu entgehen versuchen würden. Die Hauptaufgabe des Staatsgerichtshofes war es demnach, auch diese Art von Propaganda gegen die Republik überall da zu beschneiden, wo sie den Boden einer rein sachlichen Kritik überschritt.

Der Staatsgerichtshof hat in wiederholten Beschlüssen starken Nachdruck darauf gelegt, daß nach dem Welle „bestimmte Tatsachen“ vorliegen müssen, um die Verletzung einer öffentlichen Ordnung zu rechtfertigen; die bloße Möglichkeit von störenden Vorankommen sei nicht ausreichend. In solchen Fällen könne die Regierung Vorbehalte treffen, daß während eines Vortrages im Falle einer unzulässigen Handlung behördlich eingegriffen werde.

Als solche „bestimmte Tatsachen“ sieht der Staatsgerichtshof die Identität des Personentreffes nicht an. Wenn in einer Vereinigung ein Hoch auf die Erzberger-Mörder

ausgebracht worden sei, so genüge das nicht, um die Beforgnis zu rechtfertigen, daß ein Jahr später in einer Veranstaltung desselben Personentreffes in der gleichen Art verfahren und damit das Schutzgesetz verletzt werde. Ein strafbares Tun, das vor dem Erlasse des Schutzgesetzes liegt, kann nach Auffassung des Staatsgerichtshofes zur Begründung eines Verbotes nicht herangezogen werden; denn das würde gegen den Grundgedanken, keine Strafe ohne Straftat einzutreten zu lassen. Die gegenwärtige Auffassung des preussischen Innenministeriums, daß es sich bei dem Schutzgesetz vor allem um Maßnahmen polizeilicher Art handle und daß deshalb auch frühere staatsgefährdende Betätigung herangezogen werden könne, wird durch Beschluß vom 10. September ausdrücklich verworfen.

Auch die Begriffe der Beschimpfung und Verleumdung von Mitgliedern der Regierung und Verherrlichung von Gewalttaten hat der Staatsgerichtshof einengend ausgelegt. So hat er entschieden, daß die

Beschimpfung eines ermordeten Mitgliedes der Regierung nicht unter die Vorschriften des Schutzgesetzes fällt. Eine Verherrlichung der Mordtat könne auch nicht erblickt werden in einem „vielleicht mißglückten oder wenig taktvollen Versuch, unter Verherrlichung der Tat doch den Tätern menschlich gerecht zu werden“. Eine Verherrlichung oder Billigung der Mordtat an Rathenau ist auch nicht gefunden worden in den Worten: „Mag man vom Rathenau Standpunkt aus das Verbrechen beurteilen, ein Wort des Bedauerns wird man dafür nicht finden, daß das Wirken Rathenaus ein Ende genommen hat — der Jude Dr. Rathenau war ein Schädling.“ Hier ist nach Auffassung des Staatsgerichtshofes nur der Meinung Ausdruck gegeben, daß die wie immer gefühene Beendigung des Wirkens von Rathenau nicht bedauert werden könne.

Die Urteile und Beschlüsse des Staatsgerichtshofes beschäftigen sich mit den Begriffen der Beschimpfung,

den das Gericht nur als gegeben ansieht, wenn eine Mißachtung in besonderer verletzender und roher Form zum Ausdruck gebracht wird. Der Staatsgerichtshof hat dabei ausgesprochen, daß in den erregten Zeiten nach dem Rathenau-Mord auch die Regierung gelegentliche Fehler in Festlegungen und Verfassungsverboten getan habe; es dürfe deshalb auch kein so greifender Maßstab an die Form der öffentlichen Kundgebungen der Rechtsparteien und der Rechtspresse gelegt werden. Auch die schärfste Kritik der Erfüllungspolitik oder irgendwelcher politischen Partei stelle keine Beschimpfung der Regierung dar, wenn diese auch von den beschimpften Parteien gebildet sei. Der Vorwurf, die Regierung begünstige die parteipolitische Hege, schüre durch ihre Haltung die Erregung und treibe die Verantwortung für die zahlreichen Gewalttaten gegen rechtsstehende Kreise, kann nicht als Beschimpfung von Regierungsmitgliedern aufgeföhrt werden. Ebenso seien Spott und Hohn grundsätzlich keine Beschimpfung. In einem Beschluß vom 25. Oktober wird dargelegt, daß auch eine Beschimpfung und Verleumdung des Reichstagniers die Anwendung des Schutzgesetzes nicht rechtfertige, wenn kein Anhaltspunkt dafür gegeben sei, daß auf diese Weise die republikanische Staatsform als solche beschimpft und herabgesetzt werden soll.

Zur Auflösung von Vereinen genügt nach Auffassung des Staatsgerichtshofes die Frage des monarchistischen Gedankens oder der monarchistischen Tradition nicht, insbesondere auch nicht Anreden wie „Königliche Hoheit“ oder dergleichen. Niemals kann die Beförderung der Ruhestörung darauf beruhen, daß anders Gesinnte sich hineinmischen und die Verantwortung für den Ausschlag übernehmen könnten, sei eine so entfernte Möglichkeit, daß sie nicht zu einem Verbot führen könne.

Von ganz besonderer Bedeutung ist endlich die regelmäßige Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes, daß periodische Druckschriften nur von der Landeszentralbehörde verboten werden können, in deren Bezirk sie erscheinen. Gegebenenfalls könne der Reichsminister des Innern die Landeszentralbehörde, in deren Bezirk die Druckschrift erscheint, um geeignete Maßnahmen ersuchen, und wenn diesem Ersuchen nicht entsprochen werde, so greife die vom Schutzgesetz vorgesehene Regelung Platz.

Aus diesen Beispielen ergibt sich, daß der Staatsgerichtshof das Gesetz zum Schutze der Republik stark einschränkend ausgelegt hat. Schon heute ist in den Kreisen der Deutschvölkischen die Kunst weit verbreitet, in maskierter Weise gegen die Republik zu hetzen und zum Umsturz aufzufordern. Die Form des Kampfes ist stellenweise bedeutend gefährlicher und gemeingefährlicher als vor dem Erlasse des Gesetzes zum Schutze der Republik. Man kann leider nicht sagen, daß der Staatsgerichtshof alles getan hat, um diesen üblen Gewässern einen festen Damm entgegenzusetzen. Die Befürchtung liegt nahe, daß unter dem Eindruck der Denkschrift, mit der man sich nach ihrer vollständigen Veröffentlichung noch beschäftigen müssen wird, der unverantwortliche Kampf an Stärke noch zunehmen wird.

„Zum Schutze der Republik.“

München, 30. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Rationalsozialisten veranstalteten heute in den fünf größten Sälen Massenversammlungen, in denen gegen die drohende Besehung des Ruhrgebietes protestiert werden sollte. Den Veranstaltungen voranging den ganzen Lager über eine wüste Hege mittels riesiger Plakate, die in mehreren Legten in der ganzen Stadt angeschlagen wurden. Ferner wurden etwa sechs verschiedene Flugblätter in Hunderttausenden von Exemplaren in den Straßen, den Häusern und den Betrieben verbreitet. Die Kosten dieser Agitation werden von Fachleuten auf mindestens eine halbe Million Mark geschätzt. Es sprachen u. a. mehrere Redner aus der Tschechoslowakei, was auf die Verbindung mit der dortigen nationalsozialistischen Bewegung hinweist, die bekanntlich von den habsburgisch gesinnten Großgrundbesitzern finanziert wird. Adolf Hitler fuhr in seinem von dem Gelde Hugenbergs gesteuerten Auto von einer Versammlung zur anderen und sprach in jeder einige Minuten. In den Flugblättern und Plakaten wird die Behauptung von der Entlassung Deutschlands durch die Novemberrevolution in allen Tonarten noch einmal aufgewärmt. Seit fünf Jahren sei die Nationallehre in Schmutz und Dreck gezogen, die Denkmäler alter Helden gestürzt und an ihrer Stelle Bedürfnisanstalten errichtet worden. Oberstleutnant sei durch die Berliner Schwindler verloren gegangen. Jetzt läre die Reihe an das Ruhrgebiet. Jetzt, wo die Erfüllungspolitik zur Katastrophe geworden sei, ziehe sich Weich zurück. Der Parlamentarier habe sich gerettet, das deutsche Volk könne verbluten. Erhard Raer, der insame Lügner, sei vom internationalen jüdischen Börsenspieler mit vielen Millionen gekauft und hege gegen die nationalsozialistische Bewegung, um von den wahren Schuldigen abzulenken.

Deutschnationale gegen Konsumvereine.

Die Deutschnationalen sind auf die Konsumvereine nicht gut zu sprechen. Deshalb richten sie an die Preussische Staatsregierung die Frage, wieso sie dazu komme, für 120 Millionen Mark Kredite den Konsumvereinen zu geben. Ferner fordern die Deutschnationalen Aufschluß über die Bedingungen, unter welchen diese Kredite bewilligt worden seien.

Die Konsumvereine haben von der Preussischen Staatsregierung überhaupt keine Kredite bekommen. Die Deutschnationalen verwechseln anscheinend die Konsumvereine mit landwirtschaftlichen Genossenschaften, die verschiedentlich Kredite z. B. für die Beschaffung von Futtermitteln zur Förderung der Milchproduktion erhielten. Richt die Konsumvereine, sondern die Großeinkaufsgenossenschaft hat — aber nicht von Preußen, sondern vom Reich — für die Kartoffelbeschaffung einen vorübergehenden Kredit von über 400 Millionen Mark erhalten.

Stingls Teuerungsprogramm. In unserem gestrigen Bericht über die Sitzung des Reichesbeirats im Reichspostministerium ist infolge eines Uebermittlungsfehlers insofern ein Irrtum unterlaufen, als die dort angegebene Verdoppelung der Postzölle nicht am 15. Dezember, sondern erst am 15. Januar in Kraft treten soll. Ab 15. Dezember gelten die im Mittwoch-Abendblatt gemeldeten Sätze.

Wirtschaft

Zur Frage der Goldschahanweisungen.

Besentlich mit Schuld an der geringen Wirkung der Devisennotverordnung war die Weigerung der Reichsbank, gleichzeitig ein werbefähiges Anlagpapier einzuführen. Man behauptete u. a., das Reich würde bei fallender Mark die Goldschahanweisungen mit ungeheuren Verlusten einlösen müssen. Das ist durchaus irrig, denn die Finanzverwaltung würde für die eingelösten neuen Schahanweisungen zu dem erhöhten Kurs herausgeben, und sie könnte nur gewinnen bei einer Besserung der Mark, weil sie dann zu einem niederen Kurs das Papier aufnehmen würde. Die Herausgabe eines solchen Papiers würde den Ankauf von fremden Zahlungsmitteln, vor allem die Festlegung auf lange Zeit selbst für den reellen Bedarf zurückdrängen. Darauf kommt es aber jetzt an, denn der Übergang, durch die Spekulation gesteigerte Bedarf an Devisen muß die Mark herabdrücken. Die Papiermark geht nach dem Ausland und wir nehmen fremde Zahlungsmittel herein für unseren Warenverkehr im Inland. Dieses Verfahren ist geradezu verkehrschief vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft.

Der oldenburgische Ministerpräsident Langen ist in anderer Weise durch die Herausgabe eines Papiers, das den Roggenpreis als Wertmaßstab hat, dem Gedanken nähergekommen. Der Versuch ist eigenartig und findet in Russland einen Vorläufer. Die oldenburgischen Roggenanweisungen lauten auf 125 Kilogramm Roggen, sie werden an der Börse gehandelt und notierten erstmals 30 945 M. Zugrunde gelegt war ein Roggenpreis von 12 000 M. für den Zentner und 378 M. Fracht. Der weitere Kurs wird sich nun danach richten, welche Aufnahme das Papier findet und welche Preisbewegung der Roggen macht.

Ein anderes Beispiel. Eine Berliner Bank gibt Kredite, die sie nach dem Goldankaufspreis, den die Reichsbank wöchentlich bekannt macht, in Papier berechnet. Sie übernimmt allerdings kein Risiko, da sie im gleichen Betrage der Kredite Goldschuldbriefe ihren Kunden anbietet. Die Schwankungen der Valuta werden mithin bei diesen Transaktionen ausgeglichen. Diese Beispiele beweisen nur, daß der Vorstoß des Genossen Schmidt im Reichswirtschaftsministerium, die Reichsbank möge, um den Devisenmarkt zu entlasten, Goldschahanweisungen herauszugeben, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch das Richtige sei.

Würde nun weiter sofort ernstlich eine Stützungsaktion für Mark in der Weise unternommen, daß die Reichsbank einige Millionen Gold, gestärkt durch eine Anleihe im Ausland, zur Interventionsleistung aufwendet, dann darf mit Bestimmtheit angenommen werden, wir kommen aus diesem auch durch eigene Schuld verschleierten Zustand unseres Währungsproblems heraus.

Diese Aktion kann nur durchgeführt werden gegen die Schwereindustrie und das Finanzkapital; die wohl keine ungemessene Freude am weiteren Fallen der Mark haben, aber eine viel größere Furcht vor den Verlusten bei einer Besserung der Mark.

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbaues.

Für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche stellten sich die Baustoffpreise in Deutschland nach den Ermittlungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ Anfang November wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Novbr. 1922
Mauersteine	700,— M.	426 800,— M.
Zement	60,—	80 008,50
Stückzement	78,—	49 030,32
Gips	12,50	6 872,80
Dachsteine	248,50	181 445,—
Rohrgewebe	23,50	15 084,—
Kanholz	364,—	347 727,50
Ruhboden	152,50	158 205,20
Stift	55,50	82 741,10
Glas	84,—	80 712,50
Summa	1 608,50 M.	1 278 298,48 M.

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1608,50 M. am 1. Juli 1914 auf 1 278 298,48 M. am 1. November 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist hier eine Preissteigerung von rund 78 613 eingetreten. Die Baustoffe sind also seit 1914 auf das 786fache und innerhalb des letzten Monats um rund 90 Proz. gestiegen.

Preissteigerungen überall. Unter Berufung auf die Kohlenpreissteigerung, die soeben erfolgt ist, hat der Stahlbund sofort seine Preise für Walzwerkezeugnisse heraufgesetzt, obwohl diese bereits über dem Weltmarktpreis liegen. 1 Kilogramm Thomas-Stabeisen kostet jetzt 243,30 M. Auch der Roheisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes kündigt die Herabsetzung seiner Höchstpreise an, ohne bisher das Ausmaß der Preissteigerung anzugeben. — Der Benzolverband hat seine Preise ebenfalls heraufgesetzt, und zwar kostete Motorenbenzol jetzt 750 M. — Die Stückstoffpreise wurden ebenfalls heraufgesetzt auf 1334,10 M. je Kilogramm Stückstoff in schwefelsaurem Ammoniak (nicht gedarrt). — Die Glühlampenfabriken erhöhen ihre Teuerungszuschläge um 1100 auf 1800 Proz. Alle diese Preissteigerungen erfolgen im Zeichen sinkender Devisenkurse!

Die Ueberfremdung in den nordwestdeutschen Städten. Wie der „Norddeutsche Wirtschaftsdiener“ von unterirdischer Seite hört, hat in letzter Zeit eine lebhafteste geschäftliche Gründerstätigkeit des Auslandes in den größeren nordwestdeutschen Städten Platz gegriffen. So haben sich in Hamburg seit 1919 über 500 ausländische Handelsfirmen niedergelassen, die namentlich im Im- und Exporthandel den altingesessenen deutschen Geschäftsfirmen den Wirkungskreis mehr und mehr verengen. Neben englischen, amerikanischen und nordischen Firmen sind es namentlich auch tschechoslowakische und östliche Unternehmen, die sich in Hamburg mehr und mehr ausbreiten. So sind u. a. bereits 40 tschechoslowakische und 37 Firmen östlichen Ursprungs, die sich in Hamburg niedergelassen haben. Hand in Hand mit der geschäftlichen Ausbreitung des Auslandes geht auch die Ueberfremdung des Grundbesitzes in den Hansestädten. Die Grundstückskäufe des Auslandes in Hamburg haben in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, daß sich gegenwärtig bereits ein Sechstel des hamburgischen Grundbesitzes in ausländischen Händen befindet.

Unter gestrigen Kursstapel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 193,51 Geld, 194,49 Brief; 1 japanischer Yen 3690,75 Geld, 3709,25 Brief; 1 brasilianischer Rixler 957,60 Geld, 962,40 Brief; 1 spanischer Pseta 192,01 Geld, 197,99 Brief; 100 österreichische Kronen abgeh. 11,02 Geld, 11,06 Brief; 1 tschechische Krone 244,38 Geld, 245,62 Brief; 1 ungarische Krone 3,34 Geld, 3,36 Brief; 1 bulgarischer Lema 57,10 Geld, 57,40 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 102,74 Geld, 103,26 Brief.

Letzte Nachrichten.

Güterzugentgleisung in Weikensee.

22. B. meldet: Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr entgleiste der von Tegel kommende Güterzug Nr. 8 kurz vor der Einfahrt in den Industriebahnhof Weikensee zwischen Schön- und Koestelstraße. Die Feuerwehre wurde sofort benachrichtigt. Aus unbekannter Ursache war die Lokomotive umgestürzt und die beiden vorderen Räder entgleist und zertrümmert. Der Lokomotivführer Paul Günther aus Tegel, Schillerstraße wohnhaft, geriet unter die Maschine und wurde am linken Unterarm schwer verletzt. Man schaffte ihn nach dem Krankenhaus Weikensee. Der Maschinenführer kam mit geringen Verletzungen davon. Der Zugführer und zwei Begleiter des Zuges konnten sich durch rechtzeitiges Abspringen retten. Die Kriminalpolizei ist mit der Untersuchung des Falles beschäftigt. Die Feuerwehre konnte nach 1 1/2stündiger Tätigkeit wieder abrücken.

Begegnung mit der Kohlentsteuerung.

Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten. — Die Deutschnationalen machen nicht mit.

Die Stadtverordneten hatten gestern eine arbeitsreiche Sitzung. Es wurde über einen Dringlichkeitsantrag der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion verhandelt, der für Hausbrandkohle wesentliche Herabsetzung oder völlige Aufhebung der vom Reich erhobenen Steuer forderte. Auf die Feststellung unseres Redners, Genossen Haß, daß auch die neue Regierung an der Marktwertung nichts ändern können, antwortete die rechte Seite mit Lachen. Die Not des Volkes scheint den Herrschaften die Stimmung noch nicht verdorben zu haben. Wie der Oberbürgermeister mittelste, plant der Magistrat bereits, sich wegen der Kohlentsteuerung und auch wegen der Nahrungsmittelsteuerung an die Reichsregierung zu wenden. Bei der Abstimmung versagten die Deutschnationalen dieser Erleichterungsoption die Unterstützung, sie konnten aber die Annahme des Antrages nicht verhindern. — Nach langen Verhandlungen über die eigenartige Abstimmungsaffäre der vorigen Sitzung beschloß die bürgerliche Mehrheit, die Abstimmung nicht zu wiederholen. Dann wurde durch einstimmigen Beschluß die Rücknahme der Junglehrerentlohnungen gefordert. Sehr lange wurde noch über die aus dem Ausschuß zurückkommende Magistratsvorlage betreffend die Erhöhung der Gewerbesteuer verhandelt. Genosse Lohmann kennzeichnete die Demagogie der Interessenten. Die Vorlage wurde in der Ausschlußfassung angenommen.

Sitzungsbericht.

Die gestrige Sitzung führte in ihrem ersten Teil zu mehreren Zwischenfällen, so daß fast 1 1/2 Stunden vergingen, bis an die ordnungsmäßige Erledigung der Tagesordnung herangetreten werden konnte. Zu Anfang ließ sich alles noch friedlich an. Ein Dringlichkeitsantrag der D.D.V., den Magistrat um seine Intervention zur Vermeidung der drohenden Einstellung der Mittags-Schulspiegel zu eruchen, kam zur Annahme, ebenso ein Antrag des Zentrums auf Befestigung der Konrektorstellen. Sodann lag

ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag

vor, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich auf die Reichsregierung einzuwirken, damit die Kohlentsteuer von 40 Proz. für Hausbrandkohle aufgehoben oder wesentlich herabgesetzt wird. Die Dringlichkeit wurde anerkannt. Gen. Haß begründete den Antrag, indem er auf die ungeheuerliche Steigerung der Kohlenpreise in jüngster Zeit hinwies und der Ansicht Ausdruck gab, daß es der Reichsregierung sehr wohl möglich wäre, den Ausfall auf andere Weise, durch Steuerabzug bei den Besitzern zu decken. In der anschließenden längeren Aussprache teilte Oberbürgermeister Böhm mit, daß der Magistrat im Sinne des Antrags und zum Zwecke der Entlastung der Bevölkerung noch weit über den Antrag hinaus eine Eingabe an die Reichsregierung zu richten beschloßen hat; in gleichem Sinne wolle der Städtetag vorstellig werden. Die Demokraten sprachen sich durch Werner für den Antrag aus, der darauf angenommen wurde. Ein weiterer Dringlichkeitsantrag ging aus von den Deutschnationalen, die gestern morgen in der Verkehrsdeputation „verschenkt“ für den 50-M.-Tarif auf der Straßenbahn Zustimmung haben und nun den Magistrat ersuchen wollen, weiteren Tarifserhöhungen nicht zuzustimmen, bevor durch Vorlegung einer Bilanz Klarheit über die Finanzlage der Straßenbahn geschaffen sei. Der sofortigen Beratung wurde widersprochen. Schumacher (Komm.) stellte fest, daß die Deutschnationalen im Ausschuß für die 50 M. in der Meinung gestimmt hätten, die Sozialdemokraten würden dagegen stimmen; diese hätten aber Stimmhaltung geübt, um der Aufzählung ihrer Fraktion nicht vorzuziehen.

Auf Anregung des Stadiv. Gen. Dr. Löwenstein nahm dann die Versammlung den einstimmig gefaßten Ausschußantrag in Beratung, der den Magistrat ersucht,

die Kündigung der Junglehrer

(Sahrgänge 1917/21) zum 1. Januar 1923 rückgängig zu machen. Nachdem Troll (Dnt.) referiert hatte, wurde diese Verhandlung unterbrochen, um die als erster Gegenstand auf der Tagesordnung stehende Wiederholung der namentlichen Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf „Sicher-

stellung der Versammlungsfreiheit“ in Berlin vorzunehmen. Eine lange Geschäftsordnungsdebatte knüpfte sich an die Mitteilung des Vorsitzers, daß sich nachträglich herausgestellt habe, daß die Abstimmungsliste ordnungsgemäß geführt worden sei. Schließlich erklärte die Versammlung in namentlicher Abstimmung mit 112 gegen 98 Stimmen, daß die vorige Abstimmung (d. h. die Annahme des Antrags der Deutschnationalen) gültig sei. Nach dieser Abstimmung, deren Geschäftsordnungsmäßigkeit von den Kommunisten sofort wieder angezweifelt wurde, überwies die Versammlung die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über die Schlemmersteuer dem Haushaltsausschuß und nahm den Antrag betr. die Junglehrer gegen den Widerspruch der Wirtschaftspartei an.

Die 300-Millionen-Anleihe

für Zwecke des Ausbaues der Fleischgroßmarkthalle wurde nach längerer Aussprache, in welcher auch Gen. Reuter für die Bewilligung eintrat, in zweiter Beratung genehmigt.

Ueber die Erhöhung der Gewerbesteuer, wie sie nach den neuesten Ausschußbeschlüssen fixiert werden soll, berichtete Stadiv. Hermann Kunze. Gen. Dr. Lohmann: Wir haben es hier mit einer neuen Station des langen Leidensweges der neuen Gewerbesteuer zu tun, ohne zu wissen, ob es die letzte sein wird. Von den Extremen rechts und links wird noch wie vor die schärfste Gegnerschaft herausgestellt; auch wir würden an sich grundsätzlich gerne der Dritte im Bunde sein. Die Gewerbesteuer ist die einzige bewegliche kommunale Steuer. Die neuesten Beschlüsse haben die Entlastung der schwächeren Schulkern

einigermassen abgesichert, die Erhöhung trifft im wesentlichen nur die 1. Klasse. Im Rheinland ist man nicht mehr beim sechsten Quartal, sondern schon beim achten. Essen ist schon beim zehnten angelangt. Die Daimler-Motorenwerke in Untertürkheim werden noch Berlin verlast, weil hier die Gewerbesteuer „so niedrig“ ist. (Hört, hört!) Das demagogische Treiben der Interessentenkreise gegen die Steuererhöhung ist unverantwortlich.

Müller-Franken erklärte, seine Wirtschaftspartei habe keinen Anlaß, ihre oppositionelle Stellung aufzugeben und Lüdicke (Dnt.) sprach nochmals in ermüdender Breite über die Gewerbesteuer, der die Deutschnationalen nicht zustimmen können. Der Rämmerer wandte wieder einmal seine ganze Beredsamkeit auf, um die Herren auf der äußersten Rechten eines Besseren zu belehren. In der weiteren Erörterung hielt Lange (A.) den Herren um Lüdicke entgegen, daß die heutige kommunale Mißere schließlich eine Folge der Finanzwirtschafts Helferei

im Kriege ist, und wie die Deutschnationalen den Räten der Bevölkerung abhelfen wollten, ersehe man aus dem Beschlusse der Verkehrsdeputation. Angesichts der Notlage der Stadt und da durch das Ausschußkompromiß die kleineren Betriebe etwas erleichtert seien, werde das Zentrum jetzt für dieses Kompromiß stimmen. — v. Cunnern (D. Sp.) empfahl ebenfalls die Annahme des Ausschußkompromißes. Merien (Dem.) ließ nochmals die großen Bedenken seiner Partei gegen dieses Steuererleichterungsmerkmal poßieren. Zuletzt gab auch Herr Richard Kunze seine steuerpolitische Weisheit zum Besten, indem er die Gewerbesteuer für die ungerechteste aller Steuern erklärte. Nachdem schließlich auch noch Dörner den abnehmenden Standpunkt der Kommunisten wieder unterstrichen hatte, kam es zur Abstimmung. Nach Ablehnung eines demokratischen Antrages bezog der Schachbelfesche wurde das Kompromiß des Ausschusses gegen eine hauptsächlich aus den Kommunisten und den Deutschnationalen bestehende Minderheit angenommen.

Nach Erledigung einiger weiterer Vorlagen von minderer Tragweite schloß um 110 Uhr die öffentliche Sitzung; vorher nahm man noch in aller Eile ohne Aussprache einen Antrag aller Fraktionen betr. die Erhöhung der Diäten einstimmig an.

Das Spiel mit dem Revolver.

Der „Map“, der neue Vergnügungspark am Lehrter Bahnhof, war im vergangenen Sommer der Schauplatz einer Tragödie, die durch das unvorsichtige Spielen mit dem Revolver heraufbeschworen worden war. Vier Reichswehrsofdaten hatten sich einen vergnügten Abend machen wollen und saßen in einem der Restaurationen des „Map“. Am Nachbarn saßen ein Herr und eine

Dame. Als der Herr eine Taschenlampe hervorholte, die die Form eines Revolvers hatte, mischte sich der Reichswehrsofdat Sieber vom Nebenisch her in die Unterhaltung und zog seinen Revolver aus der Tasche, um die Formähnlichkeit zu vergleichen. Er hatte aber den Revolver kaum in die Höhe gebracht, als ein Schuß losging, der den Oberstleutnant Rappoldt in die linke Brust traf. Der Verletzte starb eine Viertelstunde später. In der Gerichtsverhandlung stellte der gerichtliche Sachverständige, Medizinalrat Dr. Störmer, fest, daß der Tod des Rappoldt infolge Verblutung eingetreten war. Der Staatsanwalt beantragte gegen Sieber wegen fahrlässiger Tötung eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht verurteilte ihn entsprechend diesem Antrag und behielt sich bezüglich der Strafaussetzung eine Rücksprache mit dem Truppenteil des Verurteilten vor.

Der Freispruch im Falle Franz.

Nach fünfzehntägiger Verhandlung bedurften die Geschworenen nicht länger als einer Stunde, um die 42 Schuldfragen mit einem klaren Nein zu beantworten. Die Richter sind hier in den Grenzen der ihnen vom Besetze gestellten Aufgaben geblieben: sie waren nicht vor Fragen ethischer, sondern strafrechtlicher Natur gestellt. Nach eingehender Prüfung des so sorgfältig als nur möglich zusammengetragenen Beweismaterials fannten sie scheinbar nach Lage der Dinge nichts anderes tun, als den Tatbestand der verjuchten und beendeten Notzucht, der Bestäubung durch Gifte und der Kuppelerei verneinen. Liegt ein Grund zum Gefühl der Bestrebung seitens der Öffentlichkeit vor, ist die Möglichkeit eines Fehlurteils nicht von der Hand zu weisen? Beides erscheint ausgeschlossen. Gewissenhafter als es geschehen ist, konnte das persönliche Leben der Angeklagten nicht durchsucht, objektiver die Belastungszeugen nicht behandelt, sachlicher das Medizinische und Kriminalpsychologische des Falles durch Sachverständige nicht durchleuchtet werden. Im Verlauf der fünfzehntägigen Gerichtsverhandlung hätte ein Verdictspiel den Angeklagten nichts geholfen. Sie haben ihrem Richter Rede und Antwort stehen müssen, nicht nur mit Worten, sondern mit jeder Bewegung ihres Körpers. Die Richter blieben ihrem Eide treu — sie urteilten nach bestem Wissen und Gewissen und sprachen sich nicht zu fiktiven Richtern über die Angeklagten auf. Sie wollten nicht für sozial bedingte Krebschäden unserer Zeit die Angeklagten allein verantwortlich machen.

Angesichts dieses Urteils erhebt die schwerwiegende Frage: Was es nötig, daß das Intimste der beteiligten Parteien in die breite Öffentlichkeit gezeitet wurde, ist dadurch nicht mehr Schaden als als Nutzen gestiftet worden? Das Endresultat des Falles steht im Einklang mit seinem Anfang. Der Mangel der Unzulänglichkeit, der der Entscheidung der Sache Franz anhaftete, begleitete ihn auch in der Gerichtsverhandlung. Künstlich ins Leben gerufen durch den ethischen Glauben der Mutter an die „Unschuld“ der Tochter, der nichts anderes übrig blieb, als diese ihre Unschuld dem Vater gegenüber zu beteuern, verließ durch den Unersand der Verwandten in die Defensivlinie des Herrn Fiels, doch selbst verunreinigt und aufgebeugt, kam die Angelegenheit über die Kriminalpolizei zum Staatsanwalt. Es war wohl kein Zufall, daß der Borgänger des Anklägers und selbst der Untersuchungsrichter darüber im Zweifel waren, ob die Sache nicht niedergeschlagen werden sollte. Wäre der anklagende Staatsanwalt weniger leichtgläubig gewesen, hätte er den sachverständigen Kriminalkommissar Dr. Rapp schon in der Voruntersuchung über die Glaubwürdigkeit höherer Töchter in ähnlichen Betäubungsfällen gehört und den anderen Sachverständigen Dr. Magnus Hirschfeld über das sexuelle Verhalten junger Mädchen in gleichen Anlässen befragt, so wäre vielleicht der Staatsbesitz viel Geld (wohl mehr als eine Million Mark) und den Angeklagten, den Belastungszeugen und ihren Eltern viel Qual und Kummer erspart geblieben. War die Affäre Franz mit all ihren emotionalen Zwischenfällen einmal zur öffentlichen Angelegenheit geworden, so konnte die Presse ihr gegenüber nicht Vogel-Strauß-Politik treiben. Hätte dieser Fall das Kabinett des Staatsanwalts nicht verlassen, so wäre der Gesamtheit vielleicht damit mehr gedient gewesen. Die Probleme der öffentlichen Sittlichkeit, der sexuellen Heuchelei und Präterie und wie alle diese aktuellen Fragen heißen mögen, bedürft nicht erst noch der Illustration durch diesen Fall. Des Spezifische derselben jedoch gehörte in die Sitzungen wissenschaftlicher Vereine und in die Spalten von Hochzeitschriften, nicht aber vor das breite Volk.

Nach dem Freispruch sollen einige Geschworene der Frau Franz die Hand gedrückt haben. Dadurch ist das Gefühl der Richter zum Ausdruck gebracht worden, daß die Angeklagte nicht im geringeren Maße das Opfer ihrer angeborenen Anlage, der Erziehung und Umgebung geworden ist als ihre Rufmutter, die Hauptbelastungszeugin im Prozeß.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vicki Baum.

„Vielleicht“, sagte Anselmus mit zerdrückter Stimme. „Vielleicht? O nein, Anselm. Du spielst einen Narren, der du nicht bist. Du beantragst die zwangsweise Dienstpflicht — ein ungeheuerliches Gesetz für einen Staat der völligen Freiheit und freiwilligen Arbeitsteilung! Du bringst Bataillone von Arbeitern auf die Beine — und hast keine Arbeit für sie? Was nützen dir Bergwerkssofdaten, wenn du die Gruben schließen müßt? Ach nein, Brüderchen, Wäterchen Anselm. Du verschaffst dir die Arbeiter und denkst in irgend-einem heimlichen Winkel deiner Seele: Bernward wird das übrige in Ordnung bringen. Nun denn — auch ich sage: Vielleicht.“

Ich bin bevollmächtigt, dem Staat eine Verletzung seiner Grenze, das heißt, eine Vergrößerung seines Gebietes vorzuschlagen. Das Nachbarland ist bereit, unter gewissen Bedingungen den Klosterberg mit seinem gesamten Bestand an Hochwald, Klosterbauhöfen, Obst- und Weinkulturen uns zu überlassen.“

Bernward setzte sich. Es war sonderbar, daß in diesem Augenblick keiner ihn anschaute, sondern daß in der tiefen Stille, die hinter seiner Rede kam, alle Anselm ansahen, die Köpfe neigten sich ihm zu, wie von einem Sturm nach einer Richtung geweht. Anselms Gesicht, in einer letzten Raffung, trieb knotige Muskeln an Schläfen und Stirn hervor.

„Die Bedingungen?“ fragte er heiser. Bernward hatte schon wieder seinen Bleistift und zeichnete Arabesken auf den Tisch, er lächelte in sich hinein.

„Niemlich umfangreich, wenn auch leicht zu erfüllen“, gab er Antwort.

„Wenn es sich — um den Mann handeln sollte — der — in der vorstehenden Sitzung abgelehnt wurde: dem Nachbarland die Führung einer Bahnlinie durch unser Gebiet zu gestatten — so würden wir uns heute veranlaßt sehen müssen, in Verhandlungen über die Möglichkeit dieser Sache einzutreten“ — flüsterte Anselmus.

Aber Bernward hob den Plan einer Eisenbahn vom Tisch, als läge sie da wie ein Kinderspielzeug.

„Die Bahn war eine Bagatelle — du hättest sie ruhig bewilligen sollen, Anselmus. Jetzt tut es nicht mehr not. Die

Nachbarn richten eine Lustlinie für den Verkehr über unserm Land ein. Sie kennen unsere brüderliche, friedliche Gesinnung, sie wissen, daß unser Gesetz Waffen verbietet und daß wir alle derartigen Unstiften an einem Wehertage unter Abführung von Opfergaben vernichtet haben. Möge es uns nie leid tun. Amen. Daß man auch ohne Schießgewehr morden kann, hat sich leider ziemlich klar gezeigt. Die Lustschiffe aber hoffen, ungefährdet über unser Gebiet fliegen zu können. Darum also handelt es sich nicht. Man verlangt anderes.“

Bernward wartete. Auch die anderen warteten und nun sahen sie alle nach ihm hin.

„Man verlangt, in den alleinigen Besitz der Brandreflektoren zu kommen, die unser lieber Bories ganz nebenbei und ziemlich gegen seinen Willen erfunden hat.“

Ein Raufen von Köpfen, Händen, erregtem Atem. Cornel ruft einen kleinen unbewachten Schrei. Anselm, sehr blaß, indes Räte in zwei gezirkelten Flecken auf seiner Stirn steht, umfaßt mit einer gewaltsam verhaltenen Bewegung die Ranten des Tisches. „Nein“, sagt er laut und heiser. Und nach einer Stille nochmals: „Nein.“

Bernward lächelt ein wenig, obwohl ihm nun, da es zum Kampf kommt, kleine Schweißtröpfchen aus der Haut quellen. Bories aber läuft gefangen im Raum hin und her, häuße in die Mittelstufen aehobrt und seine roten Augenränder sind nun blutig wie kleine Wunden. Seine Brandreflektoren sind furchtbare Instrumente, Waffen, die noch nie benutzt wurden, in einer teuflischen Nacht ausgedenkt, in Wahrheit fast gegen seinen Willen. Was er sucht, seit zehntausend fiebernden Tagen und Nächten sucht, sind Strahlen, die segnen können, wie Sonnenstrahlen, Strahlen, die wärmen, winters, und un'er denen Pflanzen in Blüte kommen und Pflanzen doppelte Früchte tragen und Menschen froh werden; ein Paradies von Wachstum und Fruchtbarkeit sieht Bories, wenn er seine Strahlen sucht. Was er fand, ist ein Wortwerkzeug von infernaln Kräften. Ein Strahlenbündel geheimnisvoller Zusammenführung, durch eine mächtige Linse wie durch ein Brennglas geleitet und zielführend wie ein Geschob, vermag es in der Entfernung von hundert Kilometern alles in Brand zu setzen und zu vernichten. Dies ist sein Brandreflektor.

„Sechsmal hast du bei mir angefragt“, sagte Anselmus leise. „Ich habe dir sechsmal nein gesagt. Laß mich zufrieden.“ „Laß mich zufrieden ist Redensart. Bist du denn zufrieden, Anselm? Wenn ich nun aufstehe und es sein lasse, bist du dann

zufrieden? Ohne Holz, ohne Kohle, Jammer an allen Ecken. Du hast sechsmal nein gesagt, schön. Du kannst heute ja sagen.“

„Nein“, sagte Anselm ganz leise und es war doch ein Schrei. Sein Blick war auf der Flucht. Die andern standen wie Schatten an den Wänden umher, waren vielleicht gar nicht wirklich. Sie schwiegen so tief. Vor ihm die Tischplatte und dahinter der Widerlager, der ewige Widersacher, herumtaftend in allen Stellen seines Herzens, die brüchig waren, verzagt oder ohne Glauben. Ewiger Kampf der Nächte zwischen ich und ich — nun an den Sitzungssaal getragen. Stummheit. Lauern.

„Ich kann nicht ja sagen —“, begann Anselmus leise und zögernd, „t a n n es nicht, kann es nicht. Könnt ihr es denn verlangen, daß ich unsern Menschen jedes Glück damit bezahle, daß ich eine Ueberzeugung von mir umbringe? Könnt ihr es verlangen? Meine Ueberzeugung ist alles, ich selbst bin meine Ueberzeugung. Nehmt mir meine Gedanken und ich bin nichts, nicht einmal ein Krüppel, ich existiere nicht. Es ist Selbstverneinung, was von mir verlangt wird, immer wieder, in jeder Sitzung neu, für jede Redeburst meines Landes neu, für jede Freude meiner Menschen neu. Und nun dies. Dies. Du sprichst mit mir wie mit einem Schwindler, Bernward — und du kennst mich gut. Wer ist ganz echt, noch in seiner letzten und geheimsten Falte? Es gibt Träume, die sprechen so wie du, und da es meine Träume sind, so muß wohl irgendwo tief in mir auch dieses sein: Zweifel, Neinsagen, Lachen über mich selbst und der Wunsch, mirs leicht zu machen. Nun dies: ich sage ja. Ich tue nichts, bewege keine Hand zum Schlafen, sage nur ja. Ich laufe einen Wald — und welches gesegnete, lebendige, unerhörte Wunder ist ein Wald — ich laufe mit meinem Ja: und morgen geht Vernichtung über zehn, hundert Wälder hin. Ich kann es, kann es nicht. O ja, Bern, ich weiß es, ich sehe dich nicht einmal an und weiß, was du denkst. Ich habe mehr vernichtet als Wälder. Menschen, Städte, ein ganzes Land. Ich durfte es, aus der Kraft des Geistes durfte ich es. Und weil ich es getan habe, darf ich heute keinen Käfer mehr zertröten. Wenn ich ja sage, dann bin ich nur ein Massenmörder gewesen, ein bluttriefender Wühlspugil. Ich habe vernichtet, um zu erlösen; glaubt mir, daß ich jeden Schmerz gespürt habe, als wäre es mein eigener (Ist es denn wahr? fragte tiefinnerst eine Klägerstimme), jetzt laßt mich meine Hände rein behalten.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine kleine Einzelheit wäre nachzutragen. Ein sozialdemokratischer Bekehrer, der auf der Geschworenenliste stand, war von der Verteidigung abgelehnt. Zu Unrecht. Schon nach den ersten Tagen der Gerichtsverhandlung äußerte er kein Bedauern darüber, nicht Richter sein zu können — schon damals glaubte er behaupten zu dürfen, daß er das Ehepaar Franz hätte freisprechen müssen. Was Wunder, daß die Geschworenen nicht mehr als eine Stunde zur Beratung bedurften.

Die Pharisäer werden den Geschworenen ein Schuldig zurufen: Wägen Sie nicht vergessen, daß Sie selbst die größte Schuld an den „Fällen Franz“ haben. Die kriminal- und sozialpsychologische Seite dieses „Falles Franz“ verlangt noch eingehendere Beleuchtung.

Straßenbahnfahrt 50 Mark. Monatskarten von 3000 bis 8000 M.

Wie bereits im gestrigen Abendblatt kurz mitgeteilt, hat die städtische Verkehrsdeputation mit Wirkung ab 1. Dezember folgenden Tarif für die Straßenbahn beschlossen:

Einzelfahrtschein für Erwachsene auf den Stammbahnen 50 M., im Bereich der Vorortbahnen normalspandauer, Köpenicker Straßenbahn, Lottower Kreisbahnen mit Grünwaldbahn 40 M., für Kinder von 6-14 Jahren, ferner (auf Berechtigungschein) für Lehrlinge und Schüler von 14-17 Jahren und für unentgeltliche Studenten, sowie (auf Ausweis des Bezirks-, Fürsorge- und Wohlfahrtsamts) für Kriegsbeschädigte und im Gehen schwer behinderte Personen 25 M. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Berechtigungscheinen für Lehrlinge und Schüler ist auf 60 000 M. jährlich (einschl. Naturalbezüge) erhöht. Die Ausfertigungsgebühr für den Berechtigungschein beträgt 10 M.

Umfragefahrtscheine, auch im Wechselverkehr mit der Hochbahn, 80 M., im Bereich der genannten Vorortbahnen 50 M. die zweite Fahrt muß innerhalb zweier Stunden nach der durch Buchung auf dem Umfragefahrtschein gekennzeichneten Stunde angetreten werden; gelocht wird die angefangene halbe Stunde. Zu 1 und 2 werden die bisherigen Fahrtscheine mit niedrigerem Preis ausgedrückt und zu den neuen Tariffähigen ausgegeben.

Monatskarten, vom Monat Dezember d. J. ab: Stammbahnen eine Linie 3000 M., drei Linien 4000 M., alle Linien 8000 M., im Bereich der genannten Vorortbahnen eine Linie 2000 M., alle Linien einer Vorortbahn 2500 M. Schülermonatskarten vom Monat Dezember d. J. ab 950 M. Wertmarken für Monatskarten des Monats werden erst vom 1. Dezember ab ausgegeben; die November-Monatskarten gelten bis einschließlich 2. Dezember d. J.

Arbeiterwochenkarten, vom 4. Dezember d. J. ab: Stammbahnen: 6 Wochenfahrten 250 M., 12 Wochenfahrten 500 M., 48 Wochenfahrten (Vierwochenkarte) 2000 M. Im Bereich der genannten Vorortbahnen für 12 Wochenfahrten 400 M. Die Einkommensgrenze für den Bezug von Arbeiterwochenkarten wird auf 375 000 Märlch oder 7500 M. wöchentlich erhöht. Für gebührenpflichtiges Gepäck und für Hunde wird ferner, wie für eine erwachsene Person erhoben. Das Strafgehalt für Fahrgäste, die ohne gültigen Fahrtschein betroffen werden, beträgt 100 M.

Mit dem 1. Dezember werden auch die Omnibusfahrpreise erhöht. Die Fahrpreise für die Teilstrecke betragen 50 M., für die ganze Strecke 70 M.

Erhöhung der Mietzuschläge.

Inkrafttreten am 1. Dezember.

Angefaßt der weitergehenden Geldentwertung und der dadurch verursachten Erhöhung der Materialpreise, Löhne, städtischen Gebühren und Abgaben waren die feinerzeit in den Bekanntmachungen vom 8. September und 27. Oktober d. J. festgesetzten Zuschläge und Höchstgrenzen einer Nachprüfung zu unterziehen. Der Berliner Magistrat hat nun gestern folgendes beschlossen:

Die festen Zuschläge für die Steigerung der Zinsen und die gesteigerten Kosten für die Erneuerung der hypothekarischen Belastungen werden auf 10 vom Hundert, der Zuschlag für die Verwaltungskosten, worin die Kosten für das Hausreinigungsmaterial mit eingerechnet sind, wird in einfachen Häusern einschließlich der Kosten für Hausangestellte, die Hausreiniger, Heizer, Fahrstuhlführer und dergleichen auf 150 vom Hundert, in Häusern mit besonderen Einrichtungen auf 200 vom Hundert, und für nicht gewerblich benutzte Räume in Geschäften und Industriebetrieben ebenfalls auf 200 vom Hundert der Grundmiete festgesetzt. Für gewerblich (im Sinne der Gewerbeordnung) benutzte Räume in Geschäfts- und Industriebetrieben ist entsprechend der bisherigen Regelung ein fester Zuschlag von 100 Proz. nur für die Kosten der Verwaltung und des Reinigungsmaterials zu zahlen. Die Löhne der Hausangestellten einschließlich der vom Vermieter zu zahlenden Beiträge für die sozialen Versicherungen können die bisher bis zu dem jeweils vom Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärten Höchstmaß auf die Mieter von Geschäfts- und Industriebetrieben, soweit sie ihre Räume gewerblich nutzen, umgelegt werden. Zu bemerken ist, daß die Zuschläge für Zinsen, die Dienst- und Verwaltungskosten sowie der neu festgesetzte Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten von 300 vom Hundert, die in einem einfachen Haus zusammen 480 vom Hundert der Grundmiete ausmachen, von den Mietern bei der Mietzahlung in jedem Fall gezahlt werden müssen. Außer diesen festen Zuschlägen hat der Magistrat weiterhin die Erhöhung der für die Kosten der Müll- und Schlackenabfuhr, Versicherungen usw. festgesetzten Höchstgrenzen beschlossen. Es beträgt nunmehr die Höchstgrenze, bis zu der die tatsächlich entstandenen Unkosten auf die Mieter umgelegt werden können, bei der Müllabfuhr 500 vom Hundert, bei der Schlackenabfuhr einschließlich der Kosten für die Kesselfreinigung

510 vom Hundert, bei der Versicherung gegen Feuer 400 vom Hundert, bei der Versicherung gegen Glas- und Wasserleitungsschäden sowie gegen Haftpflicht 150 vom Hundert und endlich für den Fahrstuhlbetrieb 200 vom Hundert der monatlichen Grundmiete. Die vom Mietseignungsamt für große Instandsetzungsarbeiten festzusetzenden Zuschläge dürfen insgesamt 300 Proz. der Jahresgrundmiete nicht übersteigen. Die Höchstzuschläge, die bei der Berechnung der gefälligen Untermiete zu der für den leeren Raum zu zahlenden Miete hinzuzurechnen sind, sind auf 150 vom Hundert bei einfach möblierten Zimmern und Wohnungen auf 250 vom Hundert bei bürgerlich, und auf 500 vom Hundert bei elegant möblierten Zimmern und Wohnungen festgesetzt worden. Die zu der Miete für den leeren Raum hinzuzurechnenden Zuschläge sind zwar gegenüber den bisherigen Sätzen etwas ermäßigt worden. Da jedoch die gefällige Untermiete stets ein vielfaches der Miete für den leeren Raum beträgt, bedeutet die Festsetzung selbst der ermäßigten Zuschläge bei der erheblichen Steigerung der Miete für den leeren Raum eine nicht unerhebliche Erhöhung der gegenwärtigen Höhe der Untermiete. Die neue Bekanntmachung, die der Oberpräsident genehmigt hat, ist in einer Sonderausgabe des Gemeindeblatts am 30. November veröffentlicht worden und tritt am 1. Dezember in Kraft.

Ausländerkontrolle. Die „Lebensquelle“, der Keller unter dem Café National an der Ecke der Friedrich- und Jägerstraße, wurde von Beamten der Abteilung IA des Polizeipräsidiums auf Ausländer kontrolliert. Unter den Gästen waren 25 Ausländer, von denen sechs wegen Vorvergehens dem Polizeipräsidium eingeliefert wurden, um dem Richter vorgeführt und dann über die Grenze gebracht zu werden.

„Apostel“ Häuher endlich verhaftet. Der seit einiger Zeit flehbrüchlich verfolgte Apostel Häuher wurde gestern abend in Hamburg in einer Verammlung seiner Anhängerschaft verhaftet. Die Anwesenden leisteten der Verhaftung Widerstand entgegen.

Rektor und Pfarver. Zu der Sache Treder-Strandmeier hatte Pfarver Strandmeier und gelehrten (vergl. Nr. 585), daß er vom Provinzialschulkollegium nicht vernommen worden sei und eine derartige Vernehmung auch ablehnen würde. Von anderer Seite wird uns jetzt mitgeteilt, daß Pfarver Strandmeier zu der Untersuchung gegen Rektor Treder der zuständigen Behörde tatsächlich eine Erklärung abgegeben habe. Ob er sie als „Vernehmung“ bezeichnen lassen will oder nicht, ist sehr gleichgültig. Wichtiger wäre zu wissen, was er erklärt hat. In seiner Aufschrift an uns sagt Pfarver Strandmeier von dieser Erklärung nichts. — Für und für die Angelegenheit hiermit erledigt.

Das Märkische Museum wird während der Monate Dezember 1922 und Januar 1923 für die Besichtigung geschlossen.

Besitzbildungsausschuss Groß-Berlin. Infolge des Streiks der Schaufpieler kann die Aufführung des „Anatol“ von Schiller im Reuen Theater am Zoo am Sonntag, den 3. Dezember, nicht stattfinden. Wann die Vorstellung nachgeholt wird, wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Die „Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands“, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranstaltet heute, Freitag, in der Aula des Sophienhauses, Weinmeisterstr. 16/17, abends 7 Uhr, eine Massenversammlung der Lehrer- und Elternschaft Berlins, um gegen die Kürzungen der Junglehrer zu protestieren.

Jubiläum. Am Monat Dezember d. J. feiern ihr silbernes Jubiläum bei der Firma Kubisch Herzog die Kaufmännisch Angestellten Otto Schmidt, Natur Sommerfeld, Gottfried Hill und die Handelskassisten Karl Blum, Paul Herberich, Carl Kamin, Franz Krosch, Robert Maschul. — Der Kaudler Ferdinand Wintz, Berlin, Veteranenstr. 7, blüht am Sonntag, den 3. Dezember d. J., auf eine ununterbrochene Tätigkeit von 25 Jahren bei der Firma Müller u. Braun Kattengewebe zurück.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Mitgliederversammlungen am Freitag, den 1. Dezember:

Abends: Jugendheim Blumendammstr. 12. — Blankenburg: Jugendheim Gemeindehalle Triftstraße. — Kottbus: Jugendheim Gemeindehalle Joachim-Friedrich-Str. 35-36. — Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 3. — Kottbus: Jugendheim Gemeindehalle Köpenicker Str. 49 (Schülerhaus). — Moabit: Jugendheim Gemeindehalle Waldenstraße 11. — Westend II: Jugendheim Köpenicker Str. 33. — Reichshagenstr.: Jugendheim Gemeindehalle Köpenicker Str. 49-79. — Reichshagen II: Jugendheim Köpenicker Str. 14. Diestagsabends: „Koles oder Darwin?“ — Schöneberg II: Jugendheim Comenius-Schule, Frontenstr. 10.

Briefkasten der Redaktion.

Geistliche Kunst wird nicht ertelt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage füge man einen Poststempel und eine Nummer bei. Einige Anfragen tragen wir in der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftsätze und Berichte sind mitzubringen.

R. 2. Durch Postfrage beim Einwohnermeldeamt im Polizeipräsidium, 3. Etage, Zimmer 309. — J. M. 30, fordern die Preis zur Wegnahme noch nicht veräußert ist. Fragen Sie bei der Altkasserverwaltung an. — J. R. 64. Nicht ausgeführt, wenden Sie sich an das Wohnungsamt. — G. S. Wasserhausen, 1. vom 1. Januar 1923 ab für jedes Dienstjahr für den ersten Teil 500 M. und für den zweiten Teil 500 M., 2. 300 M. für jedes Dienstjahr. — J. T. 198. Sie sind infolge unvollständiger, als Ihre geschiedene Frau Ihren Unterhalt nicht aus dem Einkommen Ihres Vermögens dem, aus dem Betrag ihrer Arbeit bestreiten kann. — M. S. 31. Waghend ist die Zahlung der Bankrenten. Diese ist uns nicht bekannt. Deher können wir Ihre Fragen nicht beantworten. — J. S. 34. 1. Die Weitergewährung der Krankenhilfe wird vermuthlich wegen Abbaus der Unterhaltungsdauer abgelehnt worden sein. Sie andere Krankheitsfälle kann nicht herangezogen werden. 2. Beantworten Sie Ermäßigung. 3. Ja.

Wetter bis Sonnabend mittig. Hiemlich mild, überwiegend bewölkt und neblig, anfangs noch trocken, später im Norden, besonders an der Küste wieder Niederschläge bei ziemlich häufigen westlichen Winden.

Das Morgens müde Gemüths

Die Hausfrau ist heute mehr denn je die Zauberkünstlerin, die den knappen Lohn, das immer knappe Gehalt des Mannes mit der Wirklichkeit, mit den harten Zahlen des Alltags, wie sie sich in den Preisen für den notwendigen Lebensbedarf offenbaren, in Einklang zu bringen sucht. Sie vollführt in dieser Rolle rechnerische Kunststücke ohne gleichen, Dinge, die fast unmöglich scheinen. Das Werk vollzieht sich sang- und klanglos, feilen mit Beifall, öfter mit Murren begleitet, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, die wenig von den Sorgen, den Mühen, aber laminenhaft anschwellenden, zu sagen weiß. Der „Vorwärts“ hat eine Hausfrau, Mutter dreier Kinder im Alter von 4 bis 10 Jahren, geteilt, ihm für die Zeit bis zum Weihnachtsfest ihr Tagebuch zur Verfügung zu stellen. Er wird es getreulich in seiner Schlichtheit, die die drückende Sprache der Not der schaffenden Klassen ungeschminkt offenbart, Tag für Tag zum Ausdruck bringen. Es ist ein Rechenschaftsbericht, ein Beweis für den furchtbaren, nie ermüdenden Kampf mit der Not der Zeit.

30. November.

Die letzten Tage waren knapp. Mein Mann wird heute sein Gehalt bekommen. Den Rest des alten Geldes verwandte ich gestern zum Einkauf von:

¼ Liter Milch	127,50 M.
¼ Pfd. Fleisch (f. 5 Pers.)	310,—
1 Brot	120,—
Summa	557,50 M.

Die Milch kaufe ich, weil das älteste der Kinder lungenkrank ist und nur die Milch ihm nach Ausspruch des Arztes die Gesundheit wiederbringen kann; Fleisch kaufe ich zum ersten Male nach einer Pause von fast einer Woche. Man muß sich wundern, wie leer der Laden gegen früher ist. In der vergangenen Woche erzählte der Schlächter alten Frauen, die es hören wollten, daß nun bald alles billiger werden würde. Doch heute wußte er auf den Einwand, daß das Fleisch doch wieder teurer geworden ist, nichts zu erwidern. Ich erinnerte ihn an seine Keuerung in der vorigen Woche, da doch nun die Leute, von denen er sich so viel versprochen, in der Regierung seien. Er bekam einen roten Kopf dabei. Die neue Rechnung will ich morgen beginnen. Vergleiche ich die Preise, die mir heute ausfallen, mit dem, was mir mein Mann morgen voraussichtlich geben wird, so bekomme ich's mit der Angst zu tun.

Was tatest Du?

Welche Anstrengung hast Du gemacht, um zum Monatswechsel dem „Vorwärts“ neue Leser zuzuführen? Was hast Du getan, um Dein Parteiblatt gegen den Ansturm des Großkapitals zu stützen? Worin bestand Deine Tätigkeit, um Deine Freunde und Bekannten vor dem verweichlichenden Einfluß der bürgerlichen Klatschpresse zu bewahren? Viele unserer Freunde, die sich diese Fragen vorlegen, werden sie nicht mit freudigem Herzen beantworten können. Sie sollten daran denken, daß es noch nicht zu spät ist, daß vielmehr für den Dezember noch immer Bestellungen auf den „Vorwärts“ entgegengenommen werden. Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

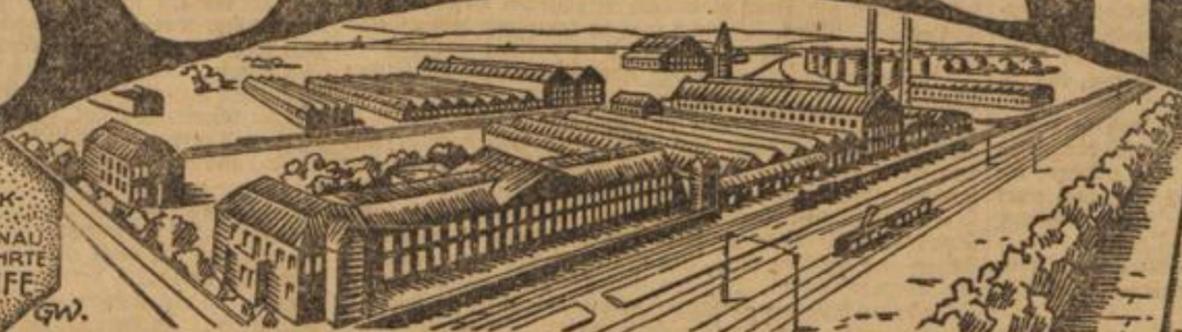
Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

SUNNLICHT



IN DIESER
GEWALTIGEN
DEUTSCHEN FABRIK-
ANLAGE IN
MANNHEIM-RHEINAU
WIRD DIE ALTBEWÄHRTE
SUNNLICHT SEIFE
HERGESTELLT

GEBRAUCHE
ZUR WASCHE DAS
SUNNLICHT SEIFE
DOPPELSTÜCK
ZUR KÖRPERPFLEGE
NIMM DAS
SUNNLICHT SEIFE
ACHTECKSTÜCK

Leihhaus BRUNNENSTR. 5

am Rosenthaler Tor.

Wir bringen in dieser Woche einen großen Posten selbstgefertigter

Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways usw.

aus feinsten, z. T. englischen Stoffen, in reiner Wolle, erstklassige Roßhaar-Verarbeitung, jeder Maßarbeit gleich, solange diese Vorräte reichen zu konkurrenzlos billigen Weihnachtspreisen zum Verkauf.

Gehpelze, Sportpelze, Katzen- u. Kasterelljacken, Kanin- u. Sealmäntel

Leistungs-fähigstes Unternehmen dieser Art.

Keine Lombardware!

Bitte genau auf Firma und Hausnummer 5 sowie 3-Schaufenster-Front, 1. Etage, zu achten!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Schiffenlinie. Freitag, den 1. Dezember, 8 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 3.
 11. Kreis. Freitag, den 1. Dezember, 7 1/2 Uhr, bei Groß, Sedanstr. 17, Kreisvorstand.
 20. Kreis Reinickendorf. Die Fraktionswahl kann heute Freitag, den 1. Dezember, umhelfen nicht stattfinden. Diefelbe findet dafür Montag, den 4. Dezember, 9 1/2 Uhr, im angegebenen Lokal statt.

3. Kreis Wedding. Sonnabend, den 2. Dezember, 7 Uhr, bei Schebe, Köllnische Straße 9, Sitzung des engeren Vorstandes.

Frauenveranstaltung am Freitag, den 1. Dezember:

32. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Fortbildungsschule, Lange Str. 11, Hof, Eingang 1, Zimmer 35. Thema: Die Frau und der Sozialismus. Referentin Frau Alona Polym-Schuch, W. d. K. Günstliches Erscheinen erwünscht, wegen der wichtigen Tagesordnung.

Morgen, Sonnabend, den 2. Dezember:

Charakteristische Spannen. Jeden Sonnabend von 5-6 Uhr im Jugendheim, Charlottenburg, Pflanzstr. 4, juristische Sprechstunde.
 23. Wkt. 7 Uhr bei W. Burg, Kreuzauer Allee 139, engere Vorstandssitzung.
 29. Wkt. Schöneberg. Pflanzstr. 7 1/2 Uhr Sitzung der Kommission für die Reichsnotulose bei Krenzl, Bismarckstr. 141, 141. Wkt. Referent. 7 Uhr Funktionssitzung in der Schule Schillerstraße.
 Freie Arbeitervereine Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. 7 Uhr Geschäftsitzung im Rathaus, Eingang Südstraße. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Ultimo-Angebote

Wir bringen in dieser Woche große Posten Herren-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer, Ulster, Lodenmäntel, Paletots, Gummimäntel, Hosen, Winter-Joppen

erstklassig verarbeitet, vollständiger Ersatz für Maß 50 Prozent

unter heutigem Tagespreis zum Verkauf. — Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit, nur soweit Vorrat:

Prima Strapazier-Anzug auf Woll-Serge, engl. Rippe . . . von Mk.	16990 an
Sport-Anzug, 3 teilig mit Breecherhose von Mk.	15890 an
Herren-Anzüge dunkelbl. Tuchcheviot, hohle Kante und Handknopflöcher . . . von Mk.	19500 an
Schlüpfer m. angewebtem Fuder von Mk.	12000 an
Herren-Paletots auf Woll-Serge u. Sammetkragen, große Größen . . . von Mk.	12500 an

Anzahlungen zur späteren Abholung gestattet.

KLAPPEKO die gute Herrenbekleidung

in der Passage am Alexanderplatz, **Alexanderstraße 39/40**, Aufgang A, 1. Etage, gegenüber dem Polizeipräsidium.



Khasana

Stets willkommenes Geschenke für Damen ebenso geeignet wie für Herren, Luxusbedürfnissen dienend sowie praktischen Zwecken. Den höchsten Anforderungen gewachsen.

- KHASANA-ERZBUONISSE**
- | | |
|------------------------|------------------------------|
| Khasana-Parfüm | Khasana-Toilettewasser |
| Khasana-Puder | Khasana-Zimmerparfüm |
| Khasana-Haut-Creme | Khasana-Kopfwasser |
| Khasana-Talcpuder | Khasana-Strangpomade |
| Khasana-Schets | Khasana-Kristall-Brillantine |
| Khasana-Eau de Cologne | Khasana-Stangen-Brillantine |
| Khasana-Bauser-Seife | Khasana-Seife |



Jeder dieser Artikel ist mit dem überaus glücklich komponierten, einschmelzenden, allbeliebten Khasana-Duft parfümiert. Jeder ist in seiner Art gleich ausgezeichnet. In vielen tausend Geschäften erhältlich.

DR. M. ALBERSHEIM
FRANKFURT A. M.
Geogr. 109a

Wollen Sie einen Anzug oder Schlüpfer kaufen? so beschließen Sie vor anderem Kauf meine Reiseblätter! — In dieser Zeit auf Kredit! Das Neueste in Scherw. u. Cutaway-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Gummimäntel, Damen-Konfektion, Möbel-Einrichtungen in 4 Etagen.

A. DAMITT
Königsplatz 10-17.

DISKRETE

Teilzahlung

Einkommen und Ausgaben!

In dieser Zeit der allgemeinen Teuerung sind für jedes Einkommen größere Ausgaben, besonders unvorhergesehene, außerordentlich störend. Unser diskretes Teilzahlungssystem erleichtert die Anschaffung gediegener Waren für den eigenen Bedarf, wie für Geschenke außerordentlich.

Auf Teilzahlung zu Ladenpreisen

Gold-, Silberwaren Brillanten Taschenuhren, Armbanduhren Standuhren Regulatoren, Wecker Nickel-, Messingwaren Kristall-, Glas-, Porzellan Teller-, Kaffeesevice Küchengeräte Geschenke aller Art	Handtaschen Aktenmappen Brieftaschen Reisetaschen, Koffer Stühle, Schirme Spitzen und Picots Zigarren-Etuis Rasierutensilien Parfümerien Schreibzeuge	Musikinstrumente Sprechapparate — Platten Phonographen Operngläser, Reißzeuge Elektrische Lampen Rauch-, Klutische Teetische, Korbmöbel Wandbilder Nähmaschinen Kinderwagen
---	--	--

JONASS & Co Belle-Alliance-Str. 7-10

PATENTE
Dr. Boyzahn, Gdthstr. 4, Treuen-Verein kont. 10, SW 61, Thd's. Str. 3.

Garderobe

gegen bar und auf bequeme Teilzahlung

Moderne Schlüpfer

Niesenauswahl
18000.— an

Anzüge sehr preiswert
Damen-Garderobe
Mäntel, Kleider, Röcke, Stoffe

Gebr. Kafner Bülowstraße 6
am Neuenhofplatz

Teilzahlungs

Verkauf in nur guten Qualitäten

Künstl. Gardinen 3-teilig Anzahlg. 2400.— Wöchentl. 150.—	Bettdeck. 1- und 2-bettig herri. aparte Muster Anzahlg. 2400.— Wöchentl. 200.—	8500.—
Künstl. Gardinen 3-teilig, herrlich. Anzahlg. 3100.— Wöchentl. 150.—	Stores in Anzahlg. 2400.— Wöchentl. 150.—	12500.—
Künstl. Gardinen 3-teilig, schön. MOT. Anzahlg. 4000.— Wöchentl. 200.—	Pollster, Steppdecken, Läuferstoffe, Bettvorleger, Deutsche Teppiche	7450.—

zu noch sehr mäßigen Preisen

Sie erhalten bei mir tatsächlich das, was ich Ihnen anbiete.

Barthel Zorndorferstraße 54
nahe Tietz, Frankf. Allee

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Berlin D 112, Nipper Str. 71-73a, 5 Min. vom Hbf. Frankfurter Allee

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausfüh.

Gegeündet 1876

Komplette Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, einfachen und besseren Genres

Küchen farbige und naturfarbige in allen Preislagen

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-, Zobel-Füchse

zu wirklich billigen Preisen

J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße, am Moritzplatz. — Telefon: Moritzplatz 151/55.

Bandwürmer

mit Kopf, Spül- und Magenwürmer befreit leicht und schnell. 24 Stk. 1/2 Liter. Bandwürmer + Mittel. Tausende befreit. 20. 275.— für Kinder. Güterausg. 20. 200.— in Drogerien erhältlich, auch nur mit Orzma Otto Reichel Berlin 13, Eisenbahn-Str. 4.

Kugellager leben
Friedrichs & Co. 2/3 11

Sportpelze

Gehpelze, Katzen-, Slinksjacks, Electric-Mäntel, Füchse aller Art
Anzüge, Schlüpfer

verkauft zu enorm billigen Preisen

Leihhaus
Friedrichstr. 2
Halleisches Tor
Keine Lombardware

Trauringe

billiger
Dukat.-Gold 900 gest. von 6800.— M. an

333-585 in reicher Auswahl. Namen und Etuis umsonst. Apparate, moderne Ehringe

Trauringfabr. Alb. Thal & Co.
1. Geschäft: C. 19, Seyditzstraße 5 (Spittelmarkt)
2. Geschäft: Charlottenburg, Bismarckstraße 76 (Untergrundbahn Sophie-Charlotte-Platz)

Moderne Damentaschen

Besuchtaschen
Auch Einzelverkauf

Ederwarenfabrik P. Metzler
Prinzenstr. 59, an der Ritterstraße

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe

1 Ring Du-stengold v. M. 4000 an	Berlin N, Artilleriestr. 30
1 Ring 565 gestempelt v. M. 3.00 an	Berlin W, Passauer Str. 12
1 Ring 333 gestempelt v. M. 2000 an	

ges. gesch.

H. Wiese, Juwelier
Anschliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto. Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt

Telegr.-Adr. Trauringenborlin.

Kommunismus — Revolution

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G.m.b.H.
Berlin SW 61 Planufer 17

MARX-ENGELS:
Das kommunistische Manifest
— 40 Mk.

KARL MARX:
Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei
1.50 Mk.

KARL MARX:
Der Bürgerkrieg in Frankreich
1.— Mk.

KARL KORSCH:
Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung
Quintessenz des Marxismus
1.— Mk.

N. LENIN:
Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky
1.— Mk.

ROSA LUXEMBURG:
Krise der Sozialdemokratie
1.50 Mk.

Sozialreform oder Revolution
2.— Mk.

J. BORCHARDT:
Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus
— 75 Mk.

P. WERNER:
Eugen Levine
2.— Mk.

Ausgabe auf holzfreiem Papier 3.— Mk.

L. TROZKI:
Krieg und Internationale
1.25 Mk.

Schlüsselzahl, mit der alle Preise multipliziert werden müssen, zurzeit 150.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Gehpelze, Sportpelze, Schlüpfer

Cutaways, Jacket-Anzüge, Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, Gardinen, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfüchse, Zobel, Silberfüchse, Skunks, Wölfe, Luchse, Pelzmäntel. — Keine Lombardwaren.

